



Foto: Jens Römmel

Sogar mit Kuchen: Jahreshauptversammlung und 40-jähriges Bestehen des AKENS am 11. Juni 2023 im Zentrum zur Geschichte Kiels im 20. Jahrhundert

Schule erforscht Geschichte

Interviewprojekt zur Nachkriegszeit in Kaltenkirchen

Die 2020 erschienene Publikation *Kaltenkirchen wird nicht verteidigt. Das Ende des Zweiten Weltkrieges und der NS-Herrschaft in Kaltenkirchen*¹ war ein Experiment, fachwissenschaftliche Recherche mit einem durch Schülerinnen und Schüler durchgeführten Interviewprojekt zu kombinieren.

Für die regionalgeschichtliche Aufarbeitung der Nachkriegszeit Kaltenkirchens von 1946 bis 1960 wurde diese effiziente Form der Forschung weitergeführt. Ergebnis ist der Band *In Kaltenkirchen nicht willkommen. Nachkriegsnot und „Wirtschaftswunder in Kaltenkirchen 1946 – 1960“*², gewissermaßen die Fortsetzung der Darstellung zum Kriegsende in Kaltenkirchen: Diese wichtigen Jahre – Kaltenkirchen entwickelte sich nach Kriegsende innerhalb von fünfzehn Jahren vom Dorf zu einer Gemeinde mit städtischen Strukturen – sowie die Menschen in Kaltenkirchen und Umgebung, die Alteingesessenen und die vielen neu Hinzugekommenen standen im Blickpunkt und Vordergrund des Projektes zu den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg.

Und damit eine Vielzahl bislang nicht gestellter oder unbeantworteter Fragen: Wie haben die Menschen den Krieg verarbeitet – den Verlust eigener Angehöriger und das Erleben oder Wissen von den NS-Verbrechen? Haben sie das Kriegsende als Erleichterung, als Niederlage und Zusammenbruch, als Befreiung oder auch als Chance für einen Neuanfang empfunden? Wie waren die unmittelbaren Lebensbedingungen in den ersten von Not, Mangel und unsicheren Zukunftsaussichten geprägten Nachkriegsjahren?

Viele Menschen waren traumatisiert. Die Mehrheit der in Kaltenkirchen lebenden Menschen hatte darüber hinaus Erfahrungen von Flucht und zwangsweisem Verlassen der Heimat, hatte ihren neuen Wohnort erschöpft erreicht und suchte dort gesellschaftliche Anerkennung. Wie sind die Menschen damit umgegangen?

Welche Veränderungen erlebten die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde im Zuge des langsam wachsenden Wohlstandes? Wie haben sich die großen politischen und sozialen Linien der Ära Ade-

1. Gerhard Braas, *Kaltenkirchen wird nicht verteidigt. Das Ende des Zweiten Weltkrieges und der NS-Herrschaft in Kaltenkirchen*. Kaltenkirchen / Duderstadt 2020. Vgl. ISHZ 60, S. 268ff.
2. *Kaltenkirchen* / Duderstadt 2023. Vgl. S. 342f.



Foto: Sammlung Braas

Während der Auftaktveranstaltung des Projektes am 19. Dezember 2022 befragten Schüler des Gymnasiums Kaltenkirchen – v.l. Lukas Schaar, Jeron Haack und Ante Stein – die beiden Zeitzeugen Hans-Georg Schuth (vorne) und Rolf Schröder zu ihren Erinnerungen an die Jahre nach 1945

nauer auf dem Lande ausgewirkt – die politische, militärische und kulturelle Integration in den Westen vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Ost-West-Konfliktes, der wachsende Wohlstand breiter Bevölkerungskreise im Zuge des deutschen „Wirtschaftswunders“ sowie die versäumte, zumindest unangemessene Aufarbeitung der NS-Gewaltherrschaft?

Eine Vielzahl von Quellen aus dieser Zeit lieferte eine breite Materialgrundlage für eine fundierte Abhandlung mit dem Anspruch, historisch-fachlichen Anforderungen zu entsprechen.

In den schriftlichen Zeugnissen kamen die damals in Kaltenkirchen lebenden Menschen

aber nicht ausreichend zu Wort. Zahlreiche von ihnen, die die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg in der Ortschaft miterlebt haben, sind mittlerweile verstorben. Daher gibt es nicht mehr viele Gelegenheiten, noch lebende Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu befragen und Erinnerungen aus ihrer Kinder- und Jugendzeit wachzurufen. Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Kaltenkirchen mit dem Profulfach Geschichte, die Klasse Q1e des Jahrgangs 2022/2023, planten eine Interviewreihe, formulierten eigene Fragestellungen, besuchten dann von Dezember 2022 bis Juni 2023 insgesamt 17 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in der Stadt sowie im Umland und sicherten die Ergeb-



Die Schüler Jeron Haack und Janne Bent Loleit befragten die Zeitzeugin Hildegard Krenzke am 15. Juni 2023 im Atrium des Gymnasiums Kaltenkirchen

nisse dieser Gespräche. Die Presse berichtete ausführlich über den Projektaufakt.

Die Voraussetzung dafür war das Konzept eines zeitgemäßen Geschichtsunterrichts: Er stellt die Eigenmotivation der Schülerinnen und Schüler in den Vordergrund und fördert ein kritisches Geschichtsbewusstsein, das den Jugendlichen ein historisches und moralisches Verständnis ermöglicht. Dafür sind persönliches Interesse und das Gefühl der Betroffenheit grundlegende Voraussetzungen.

Die vom Fachlehrer Tobias Thiel in den Unterricht eingeführte Interviewmethode („oral history“) ermöglichte den Jugendlichen eine besonders hohe Motivation und Eigenaktivität, bei der ihre inhaltlichen sowie methodischen Kompetenzen gefördert wurden. Geschich-

te tritt den Schülerinnen und Schülern in diesen Gesprächssituationen viel unmittelbarer gegenüber als im regulären Unterricht.

Anleitung und Motivation durch ihren Lehrer führten dazu, dass die Schülerinnen und Schüler vom ersten Moment an „Feuer und Flamme“ für dieses Projekt waren und keine Scheu hatten, Gespräche mit fremden Menschen zu führen, die außerdem noch einer ganz anderen Generation angehören. Zudem war natürlich auch die Aussicht auf gute Noten, die in das Abitur einfließen, ein erheblicher Ansporn für eine engagierte Arbeit.

Die von den Schülerinnen und Schülern formulierten Fragen bestätigen eindrucksvoll ihr Interesse, Geschichte nicht als reines Bücherwissen zu begreifen, sondern als erlebtes Schicksal wahr-

zunehmen. Erzählte Geschichte ist lebendig und hat einen Bezug zur Gegenwart. Daher wollten die Jugendlichen am Ende ihrer Interviews mit den älteren Menschen wissen: „Hat das damals Erlebte Auswirkungen auf ihre Sicht zu heutigen Flüchtlingsbewegungen?“

Die Schülerinnen und Schüler haben in allen Arbeitsphasen – von der intensiven Analyse der vorliegenden Quellen, der methodischen Vorbereitung auf die Interviews, ihrer Durchführung und der Niederschrift der Tonaufnahmen – ein sehr hohes Engagement gezeigt. Im Ergebnis sind überaus spannende Zeitdokumente von mehreren Hundert protokollierten Seiten entstanden. Damit haben die Jugendlichen neue historische Quellen geschaffen, die auch über das Projekt hinaus von einem unschätzbaren regionalgeschichtlichen Wert sind.

Um nicht Gefahr zu laufen, durch die Faszination der Erzählungen im Rahmen eines Interviewprojektes die gehörten Erzählmuster undifferenziert zu übernehmen, war das kritische Hinterfragen der Aussagen und der Abgleich mit den schriftlichen Quellen ein weiterer grundlegender Schritt, um sich der Frage anzunähern, wie Menschen über ihre Vergangenheit denken.

Anders als während der Projektarbeiten im Jahre 2020 hat die Pandemie dieses Mal keine Interviews behindert. Diese bereichern die fachlich gehaltene Darstellung zur Nachkriegsnot und zum

„Wirtschaftswunder“ in Kaltenkirchen und machen sie lebendig und anschaulich – Geschichte ganz nah und zum Anfassen. Autor Gerhard Braas und Fachlehrer Tobias Thiel haben über 50 Auszüge der von den Jugendlichen durchgeführten Befragungen ausgewählt und leicht redigiert. Sie haben die Texte als gesondert gekennzeichnete Passagen dann in das Buch an geeigneter Stelle eingefügt.

Die Interviews offenbarten, dass die unmittelbare Nachkriegszeit für die Menschen vielfach mit Not und Entbehrung und gerade in Kaltenkirchen häufig auch mit Fluchterlebnissen und Problemen beim Zurechtfinden in der neuen Heimat verbunden war. Das hat bis heute tiefe Spuren hinterlassen. Dass Menschen mit diesen Erfahrungen ganz unterschiedlich umgehen und sie in ihre Lebensgeschichte integrieren, hat sich dabei im Zuge der Befragungen auf eindrucksvolle Weise bewahrheitet. So bieten die Interviews auch einen vielfältigen Einblick in die Jahre des „Wirtschaftswunders“ nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Sie vermögen damit zugleich einen Eindruck zu vermitteln, wie sich die Lebensverhältnisse allmählich verbesserten und ein langsam wachsender Wohlstand einsetzte. Kaltenkirchen stellt sich dabei als ein Knotenpunkt dar, in dem viele Entwicklungen der damaligen Zeit beispielhaft zusammenflossen. Schließlich enthalten die Erzählungen viele



Klasse Q1e des Gymnasiums Kaltenkirchen mit Fachlehrer Tobias Thiel (stehend ganz links) und Dr. Gerhard Braas

Beispiele für Probleme und Herausforderungen, denen wir uns auch in heutiger Zeit, wenn auch in neuer Aufmachung und Form, ausgesetzt sehen. Sie können so einerseits als Spiegel in unsere Vergangenheit dienen, bieten gleichsam aber auch einen unübersehbaren Gegenwartsbezug für eine aktive Auseinandersetzung.

Die Öffnung des Gymnasiums Kaltenkirchen nach außen, wie sie im Internetauftritt der Fachschaft Geschichte zum Ausdruck kommt

([gymkaki.de/Unsere Schule/Fachschaften](http://gymkaki.de/Unsere_Schule/Fachschaften)), wurde durch die Fortsetzung des Interviewprojektes weiter ausgebaut. Außerschulische Zusammenarbeit und Lernorte sind am Gymnasium Kaltenkirchen von grundsätzlicher Bedeutung, um Geschichte erlebbar zu machen. Sie dienen der Ergänzung des Unterrichts und stellen für die Schülerinnen und Schüler eine methodische und inhaltliche Abwechslung und Bereicherung dar.

Gerhard Braas / Tobias Thiel

Vor 90 Jahren: Nein zum Ermächtigungsgesetz

Historischer Stadtrundgang in Flensburg

Große politischen Ereignisse haben auch vor Ort ihre Auswirkungen. Aus Anlass der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ bot Jens Christian Jacobsen eine Stadtwande-

lung in der Flensburger Nordstadt an. Rund 20 Interessierte hatten sich an diesem sonnigen Sonntagmorgen des 26. März 2023 eingefunden, um den Ausführungen des pensio-



Foto: Claus Olsen

Stadtrundgang zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung im Norden Flensburgs am 26. März 2023 mit Jens Christian Jacobsen

nierten Lehrers zu folgen, der sich intensiv mit der Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein beschäftigt¹. Ihm gelingt es, den Widerstand der Arbeiterschaft im Norden Flensburgs lebendig zu halten, auch 90 Jahre nach den Ereignissen. Dabei schafft er den Spannungsbogen zur großen Politik.

Den Nationalsozialisten stellte sich der SPD-Vorsitzende Otto Wels am 23. März 1933 im Reichstag entgegen: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Es sollte die letzte freie Rede im Reichstag werden. Nur die SPD stimmte dann gegen das „Ermächtigungsgesetz“, da die kommunistischen Abgeordneten bereits aus

dem Reichstag entfernt worden waren.

Die Hetzjagd gegen Andersdenkende, Juden, Sinti und Roma, gegen Kommunisten und Sozialdemokraten hatte bereits Ende Februar 1933 begonnen. Wenige Tage später erhielt die Politische Polizei Preußens besondere Vollmachten und konnte „Schutzhaftbefehle“ aussprechen.

Ein unscheinbarer Hinterhof im Norden Flensburgs, ein Eingang in grauer Hausfront: Hier versperrte ein Mannschaftswagen der Geheimpolizei im Morgengrauen des 21. März 33 den Fluchtweg. Die ersten Flensburger Sozialdemokraten Heinrich und Erich Dietrich wur-

1. Jens Christian Jacobsen, Widerstand in Flensburgs Norden. Flensburg 2. Aufl. 2016.

den verhaftet und damit „ausgeschaltet“. Heinrich galt als heimlicher „König“ der Neustadt, weil er die örtliche Konsumgenossenschaft leitete und das „Reichsbanner“ führte. Sein Sohn Erich hatte den Wahlkampf organisiert.

Der Widerstand gegen die Nazis musste in der Folgezeit im Untergrund stattfinden. Der parteieigene „Vorwärts“ erschien in Prag und wurde von Kurieren via Polen über die deutsch-dänische Grenze gebracht und dann in Flensburg an zuverlässige Parteigenossen im Werftarbeiterviertel verteilt. Auch die Fluchthilfe gewann in Flensburg wegen der Grenznähe zu Dänemark an Bedeutung. Verfolgte wurden heimlich für eine Nacht privat untergebracht und dann nachts von Fluchthelfern bei Harrislee über die Grenze gebracht. Ein dänischer Genosse nahm die Flüchtenden dann in Padburg in Empfang.

Eine Tante Herbert Wehners wohnte in der Flensburger Terrassenstraße und leistete als Sozialdemokratin im Untergrund Widerstand, während die Hamburger Verwandtschaft kommunistisch eingestellt war. Trotzdem hielt man in der Not zusammen. Auch ihr berühmter Neffe gehörte zu dieser Zeit im Exil noch der KPD an. Er hielt nach dem Krieg den Kontakt aufrecht und war oft zu Gast in Flensburg.

Besonders bedrückend sind die Schicksale der Menschen, die von der Gestapo in der Haft ermordet

oder in Konzentrationslager verschleppt wurden.

Eine der Stationen des Stadtrundgangs führt in die Apenrader Straße. Hier wohnte die Familie Hohnsbehn. Der Enkel Harald Hohnsbehn erinnert an dieses traurige Kapitel seiner Familiengeschichte. Walter Hohnsbehn war Stadtverordneter der SPD in Neumünster und hatte seine Frau während eines Kurses in der Arbeiter-volkshochschule in Harrisleefeld kennengelernt. Bereits in den ersten Märztagen wurde auch er verhaftet und für sechs Wochen in „Schutzhaf“ genommen. Nachdem er 1936 wegen regimefeindlicher Äußerungen zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war, siedelte die Familie nach Flensburg über.

Ende Juli 1944 kam ein Arbeitskollege Hohnsbehns mit dem Fahrrad am Haus der Familie vorbeigefahren und rief dem Sohn zu, der auf der Straße spielte: „Sach mal Muddern Bescheid, die haben Vaddern abgeholt!“ Im Rahmen der Aktion „Gewitter“ war Walter Hohnsbehn an seinem Arbeitsplatz in der Neustadt verhaftet worden. Die Flensburger Gestapo konnte ihm jedoch keine Verbindungen zur militärischen Widerstandsgruppe des 20. Juli nachweisen. Trotzdem wurde er ins KZ Neuengamme eingewiesen und ertrank vermutlich am 3. Mai 1945 beim Untergang der „Cap Arcona“. Die letzten Erinnerungsstücke an den Großvater, seine Armbanduhr und ein Zigarettens-

etui, wurden der Familie 2015 über den Internationalen Suchdienst zurückgegeben.

Natürlich gab es in Flensburg auch den kommunistischen Widerstand. Er organisierte sich über die Werft und die Kleingartenkolonie am Trollseeweg. Infoblätter wurden über die Grenze geschmuggelt und weiterverteilt. Wichtig blieb auch die kommunistische Fluchthilfe

mittels erfahrener Schleuser.

Beim Spaziergang an frischer Luft blieben die Erläuterungen zu den fünf Stationen immer locker und gerade wegen der vielen Details interessant und spannend. Eine lehrreiche Erfahrung, die man weiterempfehlen kann. Die Stadtteinführung mit Jens Christian Jacobsen kann über die SPD in Flensburg gebucht werden. *Claus Olsen*

Die Zukunft von Forschung und Vermittlung der NS-Zeit

40 Jahre AKENS

Der AKENS nimmt seit jeher für sich in Anspruch, jenseits tradierter und konventioneller Strukturen einen eigenen Weg der historischen Forschung zu gehen. Aus gegenwärtiger Perspektive haben wir das bereits heute vor 40 Jahren, am 11. Juni 1983 angefangen – lange bevor es üblich wurde, bildeten wir das erste historische Start-up, quasi als Ausgründung aus dem Kieler akademisch-universitären Betrieb, in dem einige der damaligen Gründungsmitglieder mit ihren Themen zur NS-Forschung die Schmuddelkinder am Katzentisch darstellten.

Wir konnten dann zeigen, dass Engagement und Professionalität ein gutes Rezept waren und uns einen Platz in der Geschichtsszene des Landes gesichert haben, auch

wenn wir gern mal ignoriert oder als Konkurrenten angesehen wurden. Unser Netzwerk entstand daher im Wesentlichen innerhalb des Vereins (was der Name Arbeitskreis ja nahelegte), doch inzwischen herrscht gute Kollegialität zu den anderen Aktiven im Land.

Individualität innerhalb der Szene nehmen wir aber noch immer für uns in Anspruch: Akademische Rituale und entsprechendes Ständedenken sind zur Herausbildung unserer Identität nicht nötig – ablesbar unter anderem daran, dass wir zwei Außenseitern der Szene Festschriften widmeten, um ihre Verdienste zu würdigen. Und in den „Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte“ praktizieren wir schon lange eine beson-

dere Art der Inklusion: Wenn ein Thema die nötige Relevanz und der angebotene Beitrag eine ausreichende Materialgrundlage hat, finden auch unbekannte Autorinnen und Autoren – gern als „Hobbyhistoriker“ bezeichnet – bei uns einen Publikationsort, gegebenenfalls mit der nötigen Geburtshilfe durch ein intensives Lektorat.

Zum Titel verrate ich hier mal eine Anekdote: Wir haben das AKENS-Info nach 17 Ausgaben im Oktober 1990 in *Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte* umbenannt, um dem in Planung befindlichen, 1992 in Schleswig gegründeten Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) einen attraktiven Titel wegzuschnappen – damals stand zu vermuten, dass auch das IZRG eine Zeitschrift herausbringen würde.

Heute liegen 62 Ausgaben mit zusammen knapp 8.500 Seiten vor, hinzu kommt die Reihe der Beihefte mit elf Ausgaben – teils Auskoppelungen aus regulären Ausgaben, teils umfangreichere Versionen von Beiträgen, aber auch Inhalte, die es in den *ISHZ* nicht gab. Wir bringen diese Beihefte heraus, um intensiver wirken zu können und Diskurse in der Region anzuregen oder zu fördern. In die Breite wirken wir, indem wir unsere Zeitschrift an knapp 90 Institutionen, Archive und Bibliotheken in Schleswig-Holstein, dem übrigen Bundesgebiet und weiteren zehn Ländern ver-

schicken, vom Leo Baeck Institute über die Deutschen Historischen Institute in London bzw. Paris bis Yad Vashem oder die Bibliothek der Gedenkstätte in Auschwitz. Möglich machen das die Mitgliedsbeiträge – eine finanzielle Förderung bekommen wir nicht.

Wo sehen wir unsere Aufgabe?

In den letzten 40 Jahren hat der AKENS in seinen Forschungen im Prinzip drei große Bereiche im Blick gehabt:

- Erstens die Strukturen der Nazi-Herrschaft von den frühen Ortsgruppengründungen über Parteilgliederungen und die Umsetzung im politischen Alltag bis zu den Einsatzgruppen im Osten
- Zweitens die Biografien von Tätern, um ihr konkretes Handeln und ihre persönliche Verantwortung aufzuzeigen
- Und drittens die Betroffenen – wie erging es den Menschen, die nicht in die Ideologie und ins Machtkonzept der Nazis passten, und wer waren sie überhaupt? Jene Menschen, die von den Verfolgungs- und Vernichtungsmaßnahmen der Nazis betroffen waren. Die verhaftet, gequält, entrechtet, vertrieben, getötet, ja systematisch vernichtet wurden.

Wir haben also die Bausteine der Machtstrukturen beschrieben, einen Blick ins Innere der Diktatur geworfen und geschaut, wer außerhalb der von der Diktatur organisierten Gesellschaft stand.

Und eben dieser dritte Bereich scheint auch 90 Jahre nach der Machtübertragung und 78 Jahre nach der so genannten Befreiung zunehmend wichtig zu sein. Denn neben aller Rekonstruktion und Schuldzuweisung haben wir hier die Chance, gegen die Bestrebungen der Nazis anzuarbeiten, ja ihnen in gewissem Sinn auch aus der historischen Distanz heraus noch Paroli zu bieten.

Was ich damit meine, möchte ich anhand unseres aktuellen umfangreichen Forschungsprojektes zu den verstorbenen Kindern von Zwangsarbeiterinnen² deutlich machen. Diese Kinder waren den Machthabern aus ökonomischen und ideologischen Gründen ein Dorn im Auge, wurden auf subtile oder auch sehr direkte Weise verfolgt – sie minderten nach dem Verständnis des Regimes während der Schwangerschaft und vor allem nach der Geburt die Arbeitsleistung der Zwangsarbeiterinnen, und sie galten als „rassisch minderwertig“.

Da diese Zusammenhänge und Hintergründe noch weitgehend unbekannt sind, möchte ich eine Zahl nennen: Wir haben für Schleswig-Holstein mittlerweile knapp 2.100 Kinder identifizieren können, die aufgrund der gegen sie gerichteten Erlasse und Verordnungen sterben mussten, in fast jedem Ort im Land und besonders in den größten Lagerstandorten Kiel, Neumün-

ster, Lübeck und im Raum nordöstlich von Hamburg. Und in diesen Kontext gehören auch die Hunderte Zwangsabtreibungen, denen sich Zwangsarbeiterinnen in nahezu allen schleswig-holsteinischen Krankenhäusern unterziehen mussten.

Ich sagte eben: den Nazis Paroli bieten. Nach ihrem Willen hätte es diese Kinder gar nicht erst geben sollen (Stichwort Zwangsabtreibung), und wenn sie denn doch geboren wurden, standen sie der Ausbeutung der Mütter im Weg. Mittels in jedem Landkreis anzulegenden speziellen Einrichtungen, in denen die Kinder interniert werden sollten, wollte man das „Problem“ lösen.

Und unter allen Umständen waren diese Kinder von deutschen Kindern fernzuhalten; sie durften auf keinen Fall gemeinsam mit ihnen aufwachsen. Die miserablen Bedingungen der Unterkünfte taten dann ein Übriges: Viele Kinder starben an körperlicher Schwäche oder an Infektionskrankheiten.

Heute weiß so gut wie niemand etwas von diesen Kindern, die nicht leben durften – immerhin hätten viele von ihnen heute im Alter um die 80 Jahre noch am Leben sein können. Wir holen diese Kinder quasi aus dem Vergessen zurück, indem wir ihnen ihre Namen zurückgeben. Und mehr noch: Die Nazis wollten gar nicht erst, dass diese Kinder existierten, und sie zerstörten indirekt

2. Vgl. hierzu den Zwischenbericht ab Seite 271.

ihre Leben. Also rekonstruieren wir diese Leben, mögen sie auch noch so kurz gewesen sein.

Jedes dieser Kinder hat ein Recht auf einen Namen, also auf Nicht-Vergessen, und dass seine Lebensgeschichte erzählt wird. Deswegen gehört ihnen unsere uneingeschränkte Solidarität. Würden wir ihre Geschichten nicht erzählen, dann wäre die Planung der Machthaber aufgegangen – und das, mit Verlaub, lassen wir nicht zu.

Und so wird hoffentlich deutlich, dass Vergangenheit und Gegenwart untrennbar sind. Der AKENS betreibt seine Forschungen nicht aus irgendeinem Schuldgefühl heraus, aus dem Bemühen um intellektuelle oder akademische Wiedergutmachung oder aus Mitleid mit den

Betroffenen. Licht in die Geschichte zu bringen, in der es noch immer finstere Winkel gibt, ist ganz einfach ein unverzichtbarer Akt sozialer und ethischer Hygiene und eines humanistischen Selbstverständnisses.

Indem wir dabei präzise vorgehen, erfreut es den Wissenschaftler, aber zu unseren Triebkräften gehören auch politische Motivationen und Wut gegenüber der andauernden Ungerechtigkeit. Wir werden sicherlich keine weiteren 40 Jahre schaffen, zumindest nicht die meisten der hier Anwesenden – aber noch gibt es für den AKENS ein großes Aufgabenfeld.

Denn: Die Zukunft von Forschung und Vermittlung der NS-Zeit – ist die Gegenwart.

Kay Dohnke

Forschungsprojekt „Häftlingstransporte nach Schleswig-Holstein und die Cap-Arcona-Katastrophe 1945“

Am Donnerstag, dem 2. November 2023, fand im Neustädter Rathaus der Auftaktworkshop zu dem von der Stadt Neustadt in Holstein vergebenen und von der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten finanzierten Forschungsauftrag zu den Themenkomplexen der Häftlingstransporte nach Schleswig-Holstein und der Cap-Arcona-Katastrophe am 3. Mai 1945 statt.

Mit Unterstützung aus Bundes- und Landesmitteln und durch die

Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten plant die Stadt Neustadt in Holstein die Errichtung des Cap-Arcona-Dokumentationszentrums (Arbeitstitel) in Nachbarschaft zum zeitTor-Museum in der Neustädter Innenstadt.

Aufgabe des Dokumentationszentrums wird es sein, die Ereignisse in Neustadt in Holstein am 2./3. Mai 1945, also die Tragödie der KZ-Schiffskatastrophen, insbesondere der Cap Arcona, sowie



oben v.l. Dr. Verena Buser, Berlin; Jim G. Tobias; Nürnberg. Unten v.l. Julia Werner, Kuratorin Cap-Arcona-Dokumentationszentrum; Dr. Stephan Linck, Evangelische Akademie der Nordkirche; Dr. Reimer Möller, ehemaliger Leiter des Archivs der KZ-Gedenkstätte Neuengamme; Stefan Nies, Kurator Cap-Arcona-Dokumentationszentrum; Dr. Harald Schmid, Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten; Melanie Zühlke, pädagogische Mitarbeiterin Cap-Arcona-Museum; Prof. Dr. Norbert Fischer, Hamburg; Mirco Schlippe, Kulturabteilungsleiter der Stadt Neustadt in Holstein und Projektleiter Cap-Arcona-Dokumentationszentrum

die Morde an KZ-Häftlingen am Neustädter Strand, im Kontext der Häftlingsdeportationen in der Endphase des Zweiten Weltkriegs darzustellen. Diese sog. Evakuierungstransporte aus den in Auflösung befindlichen Konzentrationslagern führten zu einem Großteil nach Schleswig-Holstein.

Das nun gestartete Forschungsprojekt soll vorhandene Lücken in der wissenschaftlichen Erforschung dieser Themenkomplexe soweit möglich schließen helfen und eine wichtige Grundlage für die Ausgestaltung des Dokumentationszentrums bilden.

Der Forschungsauftrag gliedert sich in insgesamt vier Teile und soll bis zum Jahresende 2024 abgeschlossen sein. Für die Bearbeitung der Forschungslose „Häftlingstransporte, Opferzahlen, Begräbnisstätten und Umbettungen“ und „Recherche nach Archivbeständen zu strafrechtlichen Ermittlungen in SBZ/DDR“ konnte der renommierte ehemalige Leiter des Archivs der KZ Gedenkstätte Neuengamme Dr. Reimer Möller gewonnen werden.

Das Forschungslos zum Thema „Jüdisches Leben im DP-Lager Neustadt in Holstein“ bearbeiten

mit Dr. Verena Buser und Jim G. Tobias zwei bundesweit bekannte Historiker mit großer Erfahrung im Bereich der Displaced-Person-Forschung.

Das Los mit der Überschrift „Geschichte der Erinnerungskultur“ wird durch den Hambur-

ger Sozial- und Kulturhistoriker Prof. Dr. Norbert Fischer, der unter anderem an der Universität Hamburg zu Gedächtnis- und Erinnerungskultur und Landschaftsgeschichte forscht, bearbeitet.

Pressemeldung / Mirco Schlip-pes

Johannes von Helms – Disput über einen Straßennamen in Tornesch

„Sowohl die Benennung als auch die Umbenennung von Verkehrsflächen sind eminent politische Vorgänge“, wie die Historiker Birgit Nemec und Florian Wenninger schreiben.¹ Zumeist sei es das Thema Nationalsozialismus, so der Historiker und Journalist Peter Poguntke, „das über die Wende von 1989/90 hinaus im Gebiet der alten Bundesrepublik fast ausschließlich die Diskussionen prägt“.²

Eine entsprechende Debatte erlebt seit dem Jahr 2020 die Stadt Tornesch im Kreis Pinneberg. Konkret geht es um die Von-Helms-Straße, benannt nach Johannes von Helms, welcher zwischen 1926 und 1943 das Bürgermeisteramt der Stadt innehat-

te und 1937 der NSDAP beitrug. Ihren Namen trägt die Straße allerdings erst seit 1973, als die damalige Gemeindevertretung beschloss, einen Teil der damaligen Norderstraße nach dem Kommunalpolitiker zu benennen. Der andere Teil hat bis heute den Namen Norderstraße behalten.³

Angestoßen wurde die Debatte im Jahr 2020 durch zwei ansässige Familien, welche das Thema nach eigener Recherche an die Tornescher Bürgermeisterin Sabine Kählert herantrugen. Kählert übergab das Thema wiederum dem zuständigen Ausschuss für Jugend, Sport, Soziales, Kultur und Bildung. In der folgenden Ausschusssitzung im November 2020 kritisierten andere Anwohner, dass

1. Birgit Nemec/Florian Wenninger, Editorial. In: dies. (Hg.), Geschichtspolitik im öffentlichen Raum. Zur Benennung und Umbenennung von Straßen im internationalen Vergleich (zeitgeschichte 1 (2019). Wien 2019, S. 7-12, hier S. 7.

2. Peter Poguntke, Braune Feldzeichen. Stuttgarter Straßennamen in der NS-Zeit und der Umgang nach 1945. Stuttgart/Leipzig 2021, S. 8f.

3. Für die historischen Hintergründe vgl. Annette Schlapkohl, Straßennamen Johannes von Helms. In: Spurensuche Kreis Pinneberg und Umgebung 1933–1945 [online], 2.5.2023, www.spurensuche-kreis-pinneberg.de/spur/strassenname-johannes-von-helms/ (17.12.2023).

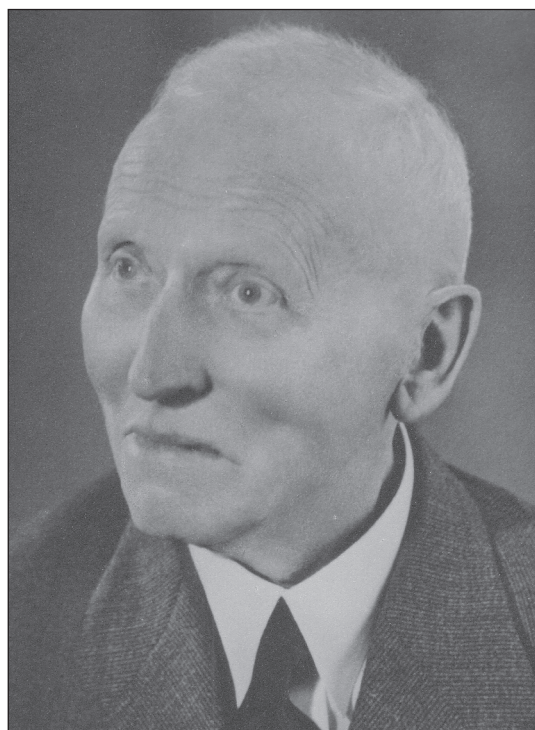


Foto: Stadtarchiv Tornesch

Johannes von Helms, Bürgermeister von Tornesch von 1926 bis 1943

dies nur eine Einzelinitiative ohne Absprache sei. „Viele von uns wohnen seit 20, 30 Jahren in der Straße. Wir wollen uns nicht über einen anderen Namen unterhalten müssen, nur weil zwei Zugezogene eine neue Adresse haben wollen“, so einer der Straßenbewohner.⁴

In derselben Sitzung wurde die Lokalhistorikerin Annette Schlap-

kohl mit Recherchen beauftragt, inwieweit Johannes von Helms in die Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt war. Bis dahin wollten die Ausschussmitglieder keine Entscheidung treffen.

Die ersten Ergebnisse lieferte Schlapkohl dann im Mai 2021. Laut denen war von Helms doch tiefer als bisher angenommen in die NS-Zeit verstrickt. „Denn die Stadtarchivarin hat im Landesarchiv Schleswig-Holstein Unterlagen zu einem Vorfall gefunden, der Bürgermeister von Helms als eine Person erscheinen lässt, die sich mit dem brutal antisemitisch agierenden NS-Regime arrangierte. In den Unterlagen aus der Nachkriegszeit beschreibt eine Anna Jacoby, wie sie ab 1937 in Tornesch Schikanen und Drohungen nationalsozialistischen Ursprungs ausgesetzt war und 1939 zum Verkauf ihres Wochenendgrundstücks gezwungen wurde. Wiederholt habe sie den damaligen NS-Bürgermeister von Helms um Schutz ersucht. Er habe jedoch immer nachdrücklicher mit Zwangsverkauf und Enteignung gedroht.“⁵

Die Diskussion drehte sich nun insbesondere darum, ob die Straße umbenannt oder das Straßenschild durch eine Informa-

4. Susi Große, Von-Helms-Straße in Tornesch: Noch keine Einigung über eine Umbenennung. In: SHZ [online], 21.11.2020, www.shz.de/lokales/wedel-uetersen-tornesch/artikel/von-helms-strasse-in-tornesch-noch-keine-einigung-ueber-eine-umbenennung-41848503 (16.12.2023).

5. Sylvia Kaufmann, Wird aus der von-Helms-Straße in Tornesch jetzt die Norderstraße? In: SHZ [online], 7.5.2021, www.shz.de/lokales/wedel-uetersen-tornesch/artikel/die-ns-zeit-in-tornesch-neuer-name-fuer-die-von-helms-strasse-20960144 (16.12.2023).

tionstafel ergänzt werden sollte. Annette Schlapkohl nutzte zur Einordnung ihrer Erkenntnisse den Kriterienkatalog, welchen die Stadt Mainz für ähnliche Entscheidungsfindungen aufgestellt hat. In dem Katalog wird u.a. nach der NSDAP-Mitgliedschaft gefragt. Gleiches gilt für den Beitrag zur Aufrechterhaltung der NS-Herrschaft und nach den Ansichten der betreffenden Person zu Adolf Hitler. Zuletzt geht es um mögliche Präzedenzfälle und die Vorbildfunktion für das demokratische Staatsleben.

Der Beitritt Johannes von Helms zur NSDAP erfolgte erst 1937, allerdings verweist Schlapkohl darauf, dass es zwischen 1933 und 1937 einen Aufnahmestopp gegeben hat. Trotzdem habe er die Vorgaben der NS-Führung umgesetzt und sei nach seinem Ausscheiden aus dem Amt 1943 zum Ehrenbürgermeister ernannt worden, was auch ein Indiz für seine Konformität sei. Dies wird durch das Beispiel der Anna Jacoby untermauert. Einen Beitrag zum demokratischen Staatswesen habe von Helms nicht geleistet. Die Grünen-Fraktion zog die Ausführungen Schlapkohls für

ihren Antrag zur Umbenennung der Straße heran.⁶

Von den Anwohnern der Von-Helms-Straße wurde die Frage nach der Umbenennung relativ schnell und deutlich beantwortet. Ca. 70 Anwohner soll es in der Straße geben; bei einer Unterschriftenaktion hätten sich 60 davon gegen eine Umbenennung ausgesprochen, fünf weitere seien nicht angetroffen worden. Nur unter den verbleibenden fünf habe es Befürworter gegeben.⁷ Ähnliche Beobachtungen machte auch ein Zeitungsreporter bei einer Umfrage.⁸

In der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Sport, Soziales, Kultur und Bildung stimmte die Mehrheit aus CDU und FDP gegen die Umbenennung, welche von SPD und Grünen unterstützt worden war. In der Sitzung wurde außerdem ein Antrag der CDU mit drei Punkten beschlossen:

- In der Von-Helms-Straße soll eine Stele aufgestellt werden, welche über den Bürgermeister aufklärt.
- Die Verwaltung soll die Erstellung eines Leitfadens für den Umgang mit aktuellen und künftigen Straßennamen prüfen.

6. Nachtragstagesordnung des Ausschusses für Jugend, Sport, Soziales, Kultur und Bildungswesen der Stadt Tornesch vom 17.5.2021, www.tornesch.de/buergerinformationssystem/wicket/resource/org.apache.wicket.Application/doc94024.pdf (18.3.2024).

7. Philipp Dickersbach, Von-Helms-Straße in Tornesch: Anwohner wehren sich gegen Umbenennung. In: SHZ [online], 11.5.2021, www.shz.de/lokales/wedel-uetersen-tornesch/artikel/von-helms-strasse-in-tornesch-anwohner-gegen-umbenennung-20103241 (16.12.2023).

8. Bastian Fröhlig, Von-Helms-Straße in Tornesch: Anwohner wollen bei Umbenennung mitreden. In: SHZ [online], 16.5.2021, www.shz.de/lokales/wedel-uetersen-tornesch/artikel/die-umbenennung-der-von-helms-strasse-in-tornesch-sorgt-fuer-kritik-20961153 (17.12.2023).

– Außerdem soll die Verlegung eines Stolpersteins für Anna Jacoby – jene Frau, die zum Verkauf ihres Grundstücks gezwungen wurde – geprüft werden.⁹

Dieser letzte Punkt erwies sich als nicht umsetzbar. Einen Textentwurf für die Stele soll Annette Schlapkohl liefern.

Im November 2021 wollte der Ausschuss konkrete Beschlüsse zur Gestaltung der Stele fassen, dies erfolgte allerdings nicht. „Denn die Grünen, die wie auch die SPD für eine Umbenennung der Straße gestimmt hatten, zweifeln die Verfassungsmäßigkeit des gewählten Umgangs mit dem Straßennamen an und haben die Verwaltung aufgefordert, eine Expertise beim Land Schleswig-Holstein einzuholen. [...] Es sei falsch, so die Ansicht der Grünen-Fraktion, im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in erster Linie über die Täter zu sprechen und dann erst über die Opfer.“

Die Verwaltung solle von der Staatskanzlei oder dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur eine Expertise einholen, „ob das gewählte Vorgehen im Umgang mit

dem Straßennamen im Einklang mit der deutschen Erinnerungskultur und mit der Landes- und Bundesverfassung steht“. Das Ministerium wollte selbst keine Stellungnahme abgeben, sondern verwies auf die Bürgerstiftung Schleswig-Holstein, welche über die notwendige Expertise verfüge.¹⁰

Im März 2023 wurde berichtet, dass der Beschluss zur Stele nach wie vor nicht umgesetzt worden ist. Laut dem Experten der Bürgerstiftung sei eine Straßenbenennung nicht haltbar, „wenn die Person Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen oder wissentlich bei ihren Handlungen den Tod eines Menschen einkalkuliert hat.“ Eine Mitgliedschaft in der NSDAP alleine sei noch kein Grund für die Umbenennung. Im Falle Johannes von Helms' wird aufgrund der mangelnden Quellenlage dazu geraten, in Zusammenarbeit mit den Bürgern einen Weg zu suchen. Die Kommunalwahl im Mai verzögere dies nun erstmal.¹¹

Im November 2023 fand schließlich ein Informationsabend inklusive eines Workshops zur Lösungsfindung statt. „Im Work-

9. Susi Große, Von-Helms-Straße in Tornesch wird nicht umbenannt. In: SHZ [online], 18.5.2021, www.shz.de/lokales/wedel-uetersen-tornesch/artikel/von-helms-strasse-in-tornesch-wird-nicht-umbenannt-20961327 (17.12.2023).

10. Susi Große, Von-Helms-Straße in Tornesch: Darum gibt es noch immer keine Info-Tafel. In: SHZ [online], 24.6.2022, www.shz.de/lokales/wedel-uetersen-tornesch/artikel/von-helms-strasse-in-tornesch-noch-immer-keine-info-tafel-42384221 (17.12.2023).

11. Thomas Pöhlsen, Zukunft der Von-Helms-Straße weiter offen – Torneschs Bürger sind jetzt gefragt. In: SHZ [online], 6.3.2023, www.shz.de/lokales/wedel-uetersen-tornesch/artikel/von-helms-strasse-in-tornesch-buerger-sollen-jetzt-beraten-44272855 (17.12.2023).

shop“, so die Lokalhistorikerin Annette Schlapkohl, „durchgeführt vom Stadtarchiv Tornesch und dem Förderverein Spurensuche, gab es u. a. den Vorschlag, einen QR-Code am Straßenschild anzubringen. Der Code könnte, mein Vorschlag, direkt auf die Seite von Spurensuche.de verweisen, wo ein Text über die Problematik des Straßennamens und die Person Johannes von Helms seit Mai 2023 bereits eingestellt ist. Dieser Text könnte auch noch erweitert

werden, je nach aktuellem Kenntnisstand.“

Bei der Stele solle es dennoch bleiben, schließlich gebe es hierfür einen – nach wie vor gültigen – Beschluss des Ausschusses. Die Kommunalwahl hat laut Schlapkohl keine wirklichen Veränderungen in den Prozess gebracht, da sich an den Mehrheitsverhältnissen nichts geändert hat.¹²

Der Prozess bleibt also dynamisch, ein Ende ist hier noch nicht abzusehen. *Fabian Boehlke*

Das Kinderprojekt des AKENS

Ein Zwischenbericht

Vorgeschichte I: das Kindersterben 1940–1945

Ab 1940 wurden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in großer Zahl ins Deutsche Reich gebracht, um in der Rüstungsindustrie, im Gewerbe und in der Landwirtschaft eingesetzt zu werden. Sie ersetzten dort diejenigen männlichen Arbeitskräfte, die als Soldaten an den Fronten waren. Die Arbeitsbedingungen waren sehr hart, die Menschen wurden durch viele Verordnungen und Restriktionen gegängelt.

Wurden Zwangsarbeiterinnen – anfangs vor allem aus Polen – schwanger, führte man sie in der ersten Zeit in ihre Heimat zu-

rück. Als daraufhin die Zahl der Schwangerschaften stark anstieg, änderten die Machthaber ihre Strategie. Da Kinder in ihrer Sicht einerseits die Arbeitsleistung der Frauen beeinträchtigten und deren Nachwuchs als „rassisch minderwertig“ galt, sollten Geburten mit allen erdenklichen Mitteln verhindert werden. Daher wurden die bis dato strikt verbotenen Abtreibungen für „Ostarbeiterinnen“ (Frauen aus Polen, der Ukraine und der Sowjetunion) erlaubt, und die Frauen wurden geradezu zu „freiwilligen“ Schwangerschaftsabbrüchen genötigt.

Wurden Frauen trotzdem schwanger (die Väter waren überwiegend selbst Zwangsarbeiter),

12. E-Mail von Annette Schlapkohl, 12.3.2024.

wurden ihnen Mutterschutzmaßnahmen verweigert; sie mussten bis zur Geburt körperlich hart arbeiten und bekamen weiterhin nur unzureichende, minderwertige Verpflegung.

Viele der geborenen Kinder kamen als Früh-, Fehl- oder Totgeburten zur Welt. Da die Mütter oft körperlich nicht in der Lage waren, die Säuglinge zu stillen, und Kleinstkinder die ihnen verabreichte Kuhmilch nicht verstoffwechseln können, starben viele Kinder an „Fehlernährung“ (d.h. sie verhungerten) oder an qualvollen Verdauungsstörungen, die tödlich verliefen (Dyspepsie).

1943 verschärften die NS-Machthaber noch einmal die gegen die Kinder gerichteten Maßnahmen. Zum einen wurden die Nahrungsrationen für die Kinder reduziert, und man ordnete für jeden Landkreis die Einrichtung sogenannter „Ausländerkinder-Pflegestätten“ an. Die Kinder sollten den Müttern fortgenommen und in solchen oft provisorischen Unterkünften interniert werden. In diesen Einrichtungen gab es nur unzureichende hygienische und medizinische Versorgung, die

Sterberate der Kinder war extrem hoch. Viele verhungerten oder starben qualvoll an Infektionskrankheiten.

Vorgeschichte II: das Kinderprojekt

Die Hinweise in der Literatur waren spärlich: Nur Irene Dittrich hatte in ihrem akribisch recherchierten *Heimatgeschichtlichen Wegweiser*¹ Informationen kompiliert, dass auf verschiedenen Friedhöfen ihres Untersuchungsgebietes – dem nördlichen Landesteil Schleswig-Holsteins – Kinder von Zwangsarbeiterinnen bestattet sind. Diese Hinweise fanden dann, ergänzt um Informationen aus weiteren Studien, im Jahr 2000 Eingang in eine Karte des Atlases *Nationalsozialismus in Norddeutschland*.²

Mit diesen Hinweisen hatte es dann aber für lange Jahre sein Bewenden, sie wurden nicht weiter untersucht. Fragen nach Hintergründen unterblieben, während etwa in Niedersachsen das Sterben der Kinder von Zwangsarbeiterinnen Gegenstand gleich mehrerer Studien wurde.³

1. Irene Dittrich, *Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945*. Band 7: Schleswig-Holstein. Nördlicher Landesteil. Frankfurt am Main 1993.

2. Kay Dohnke, *Nationalsozialismus in Norddeutschland*. Ein Atlas. Hamburg 2000.

3. Siehe u.a. Raimond Reiter, *Tötungsstätten für ausländische Kinder im Zweiten Weltkrieg*. Hannover 1993. – Janet Anschütz et al., *Gräber ohne Namen. Die toten Kinder hannoverscher Zwangsarbeiterinnen*. Hamburg 2006. – Marcel Brüntrup, *Verbrechen und Erinnerung*. Das „Ausländerkinderpflegeheim“ des Volkswagenwerks. Göttingen 2019.

Erst im Herbst 2018 tauchte das unerforschte Thema wieder auf, als die Redaktion der ISHZ Überlegungen anstellte, in einem Forum Bilanz zum bisherigen Kenntnisstand zu ziehen. Das bis dato zusammengetragene Wissen erschien gering im Hinblick auf die Tatsache, dass zwischen 1943 und 1945 reichsweit mehr als 32.000 Kinder von Zwangsarbeiterinnen ums Leben gekommen waren. Und so wurde aus der geplanten Zwischenbilanz das Konzept für ein gründlicheres Forschungsprojekt.

Um eine Basis für die Rekonstruktion der damaligen Vorgänge zu bekommen und dabei in erster Linie die Kinder in den Blick zu nehmen, erfolgte die systematische Durchsicht von 32.000 in den Arolsen Archives vorhandenen Sterbeurkunden. Die drei Westalliierten hatten bereits im Sommer 1945 von den deutschen Behörden Auskunft gefordert, was denn zwischen dem Kriegsbeginn 1939 und dem 8. Mai 1945 mit den Staatsbürgern aus Ländern der Vereinten Nationen unter der NS-Herrschaft passiert sei. Sie verpflichteten Standesämter, Versicherungen (LVA Schleswig-Holstein, AOK, regionale Krankenkassen), Krankenhäuser, Friedhofsverwaltungen, Kommunalverwaltungen etc., hierzu Informationen zu geben.

Dies geschah in Form von Zweitschriften der Geburts- sowie

Jahrgang: 1944

Nr.	Tag des Todes	Tag der Beerdigung	Bezeichnung des Grabs	Des Beerdigten Name, Stand, Alter und Aufenthaltsort	Amtshandlung	Datum der ständesamtlichen Bescheinigung	Bemerkung
162	14. 17.	17.	1944	Sterbeurkunde, Sophia Holstenstein z. St. Neumünster, geboren 1881 in ? , 63 J. alt.	1944	11. 8. 1944	
163	10. 17.	17.	1944	Unbekanntes deutsches, Holstenstein, aus einem Transportzug, geboren am 11. August 1944	1944	11. 8. 1944	

Rudimentäre Angaben: Auszug aus dem Sterberegister Neumünster; das Mädchen konnte bisher noch nicht identifiziert werden

Sterbeurkunden und zehntausenden Seiten mit Listen. Das damals zusammengetragene Material – archiviert beim International Tracing Service (ITS), heute Arolsen Archives – bildet die zentrale Grundlage für das Forschungsprojekt.

Unter den 32.000 Sterbeurkunden von Kindern verweisen etwa 1.500 auf Fälle aus Schleswig-Holstein. Die Projektleitung (Kay Dohnke, Rolf Schwarz; der anfangs noch beteiligte Uwe Fentsch verließ bald das Team) stieß in der Szene der mit Schleswig-Holsteins NS-Vergangenheit befassten Historikerinnen und Historiker auf große Bereitschaft zur Beteiligung.

Die Aufgabe bestand und besteht darin, einerseits die organisatorischen Bedingungen aufzuklären, unter denen die Kinder lebten. Zusätzlich galt es, alles verfügbare Wissen über das Leben und Sterben der Kinder zusammenzutragen, wobei natürlich auch die Mütter und die wenigen bekannten Väter berücksichtigt werden. Diese Informationen fließen in eine Datenbank ein, die

nach Vervollständigung vielfältige Auswertungen ermöglicht.

Auf Basis von knapp 1.150 Datensätzen – also gut der Hälfte der im Blickpunkt stehenden Kinder

– haben wir im Juni 2023 ein paar zentrale Parameter ausgewertet, um erste konkrete Vorstellungen von der Untersuchungsgruppe zu ermöglichen.

Die Projekt-Datenbank: erste Teilergebnisse Strukturen, Beziehungen, Statistisches

Nationalität und Geschlecht: Die Datenbank verzeichnet bislang 597 Jungen und 485 Mädchen. Bei 64 Kindern ist das Geschlecht unbekannt, da bei Totgeburten oft kein Geschlecht angegeben wurde und das Kind auch keinen Vornamen bekam.

510 der Kinder hatten polnische Mütter bzw. Eltern, 326 russische und 55 ukrainische. Dazu kommen 42 französische Kinder und 31 Kinder von lettischen Eltern. Kleinere Gruppen bilden Kinder niederländischer, belgischer, litauischer, estnischer und jugoslawischer Mütter bzw. Eltern. In 42 Fällen ist die Nationalität noch unbekannt. Hier könnten Einträge in den Geburtsurkunden oder Meldeunterlagen Aufschluss bringen.

Interessant ist auch, das Geburtsland anzuschauen: 815 Kinder wurden in Deutschland geboren, 45 kamen mit ihren Müttern bzw. Eltern aus Russland, 42 aus Polen, 20 aus der Ukraine und 18 aus Lettland.

Sterbeursachen: Die genaue Todesursache ist bislang erst in 672 Fällen bekannt, da sie in den

Arolsener Zweitschriften der Sterbeurkunden oft unerwähnt bleibt. Zu den Hauptsterbeursachen gehören im Bereich der ernährungsbedingten Todesursachen die allgemeine Ernährungsstörung (80), Lebensschwäche (56), Dyspepsie (eine tödlich verlaufende Verdauungsstörung), Darmkatharr, Bronchitis und Lungenentzündung (85). Zu den ansteckenden und tödlich verlaufenden Krankheiten zählen Enteritis bzw. Brechdurchfall (36), Diphtherie, seltener Masern, Ruhr oder Meningitis.

Eine Rückbeziehung der Sterbeursachen auf die Unterbringungsorte der Kinder – im Lager oder bei der Mutter in der Landwirtschaft – ist derzeit noch nicht möglich, und auch die wichtige Frage, ob die außerhalb von Lagern bei ihren Müttern lebenden Kinder eine höhere Lebenserwartung hatten als Kinder in Lagern, kann noch nicht beantwortet werden.

Offenkundig ist, dass es in der Enge der Lager und den dort herrschenden unhygienischen Bedingungen leichter zur Ansteckung mit Brechdurchfall, Diphtherie

[illegible]

Handycap Handschrift: In diesem schwer zu entziffernden Sterberegister der Gemeinde Sandesneben (Kreis Herzogtum Lauenburg) sind für 1945 unter den Nummern 8 bis 11 vier verstorbene Kinder von Zwangsarbeiterinnen verzeichnet, zwei davon sind Brüder

oder anderen infektiösen Krankheiten kam.

Sterbeorte: Lübeck, Neumünster und Kiel sind die Hauptsterbeorte. Ein näherer Blick zeigt aufschlussreiche Hintergründe: Bei 145 bislang in die Datenbank eingearbeiteten Sterbefällen in Lübeck handelt es sich in 100 Fällen um den Sterbeort im Lager Eichholz in der Brandenbaumer Landstraße, also in einem der großen Lübecker Lager, in dem die Mütter bzw. Eltern untergebracht waren. Auffällig ist, dass in immerhin 40 Fällen das Kind aber im Krankenhaus starb. Es handelt sich hierbei jedoch fast durchweg um Sterbefälle nach dem 8. Mai 1945, d.h. man brachte die Kinder dann ins Krankenhaus und ließ sie nicht einfach wie vorher im Lager sterben.

Eine vergleichbare Wandlung zeigt sich für den Landkreis Oldenburg/Holstein. Hier sind es bislang 12 nachgewiesene Kinder, die im Landeskrankenhaus Neustadt verstarben, alle nach dem 8. Mai 1945. Ähnlich zeichnet es sich für das südliche Schleswig-Holstein ab: Wir haben 10 Sterbefälle im Krankenhaus Hamburg-Langenhorn ermittelt, d.h. auch hier wurden die Kinder quasi im letzten Moment aus dem Umland ins nächstgelegene Krankenhaus gebracht, wo sie aber nicht überlebten. Der 8. Mai war also ganz klar eine Zäsur im Umgang mit den Kindern.

Mütter: In 497 Fällen kennen wir das Geburtsdatum der Mütter, in 596 Fällen ist es noch unbekannt. Spannend ist die Beobachtung, dass die Frauen in der Mehrzahl ihr später verstorbenes Kind im Alter zwischen 21 bis 23 Jahren zur Welt gebracht haben. Waren die Mütter älter, handelte es sich zumeist um Frauen, die zusammen mit ihrem Ehemann oder sogar der gesamten Familie nach Deutschland verschleppt worden sind, also Russinnen und Ukrainerinnen. Bei den ältesten Müttern handelt es sich oft um vormalige polnische Zwangsarbeiterinnen, die in DC-Camps auf ihre Repatriierung oder Emigration warteten. Wenn Ehepaare in DP-Camps lebten, begannen sie oft mit der Familiengründung.

In nur 187 Fällen kennen wir den Einsatzort bzw. Arbeitgeber der Mütter; hier wird sich der Kenntnisstand mithilfe von Meldeunterlagen noch verbessern lassen. Wichtig ist das oft damit überlieferte Ankunftsdatum, das manchmal auch aus Listen der LVA Schleswig-Holstein hervorgeht: Hier kann ausgerechnet werden, ob die Frauen bereits schwanger nach Deutschland kamen. Das ist aber offenbar nur in Einzelfällen so gewesen, auch weil die Frauen vor dem Transport nach Deutschland in Durchgangslagern in Polen, der Ukraine oder Russland medizinisch untersucht wurden und Schwangerschaft als

Grund galt, die Frauen nicht nach Deutschland zu schicken.

Väter: Hier ist unser Unwissen größer – wir kennen nur 350 Väter mit Namen; 743 sind unbekannt. Durchweg handelt es sich um „Landsmänner“, d.h. die Väter haben dieselbe Staatsangehörigkeit wie die Mütter. Manchmal lassen sich sogar die Beziehungen erkennen: Neben verheirateten Paaren gibt es Beispiele, wo die jungen Frauen und die Väter aus denselben Dörfern stammen – ob sie gemeinsam in einem Transport nach Deutschland kamen oder sich zufällig am Einsatzort oder sogar auf der „Arbeitsstelle“ getroffen haben, ist nicht zu ermitteln. In Lagern war die Chance, jemanden aus der Herkunftsregion zu treffen, größer als bei Einzeleinsätzen etwa in der Landwirtschaft.

Aufschlussreich, aber kaum überraschend ist die Tatsache, dass wir bisher fast keine deutschen Väter identifizieren konnten.

Familienstand: Die quantitative Auswertung zum Familienstand unterstreicht die Beobachtungen zu Müttern und Vätern: 325 Kinder wurden ehelich geboren, 278 nicht-ehelich, in 193 Fällen war es vermutlich eine

nicht-eheliche Geburt, und in 284 Fällen haben wir keinerlei Anhaltspunkte und wollen keine willkürliche Zuordnung vornehmen. Aber immerhin korrelieren die Zahl der ehelichen Geburten und die Zahl der bekannten Väter (325/350). Je mehr Geburtsurkunden geprüft werden können, desto besser wird auch hier der Kenntnisstand werden, denn dort ist der Familienstand der Mutter häufiger genannt als in den Arolsener Sterbeurkunden der Kinder. Und auch Väter werden – sofern bekannt – dort häufiger genannt als in den Sterbeurkunden.

Bei allen hier getroffenen Feststellungen ist zu beachten, dass sie auf Basis des halben Datenbestandes getroffen werden. Zumeist ist aber davon auszugehen, dass sie in ihrer Größenordnung oft auch für den Gesamtdatenbestand zutreffen dürften – aber genau das muss durch Empirie belegt oder eben widerlegt werden. Und dazu helfen die Durchsichten der Sterbe- und Geburtsurkunden sehr, ja sind dafür sogar unabdingbar. Es gibt für kein anderes Bundesland eine vergleichbar differenzierte Untersuchung.

Neue Erkenntnisse

In der Literatur werden die „Ausländerkinder-Pflegestätten“ (wir verwenden diesen NS-Terminus nur ungern) mitunter als Tötungs-

lager oder Sterbeeinrichtungen bezeichnet. Das lässt sich in Schleswig-Holstein für die meisten dieser Einrichtungen jedoch nicht

mehr aufrechterhalten: Bis zu 50 Prozent der dort untergebrachten Kinder überlebten die Zeit in diesen Einrichtungen, und die Tatsache, dass auch schon vor dem 8. Mai 1945 einige schwer erkrankte Kinder in Krankenhäuser gebracht wurden, erweist ebenfalls eine solche pauschale Kategorisierung als falsch.

Die Lager und das Umland: Als erstes Forschungsvorhaben zum Sterben der Zwangsarbeiterkinder berücksichtigt das Kinderprojekt des AKENS auch alle außerhalb von Lagern verstorbenen Kinder, also jene, die in den ländlichen Einsatzorten der Mütter starben. Anfangs bestand die Erwartung, dass sich diese Gruppe von Kindern hinsichtlich der erreichten Lebensalter und der Sterbeursachen von jenen Kindern unterscheiden würden, die in größeren Zwangsarbeitslagern (Neumünster, Kiel, Lübeck, Geesthacht usw.) verstarben. Auf dem Land, so die Annahme, hätten die Mütter doch bessere Versorgungsmöglichkeiten für ihre Kinder haben müssen.

Bislang zeichnet sich jedoch kein signifikanter Unterschied ab. Mögliche Erklärungsgründe könnten sein, dass die Mütter denselben übergroßen körperlichen Arbeitsbelastungen ausgesetzt waren, was während der Schwangerschaften zu Entwicklungsdefiziten der Babys und damit nach der Geburt zu schwächerer Konstitution und größerer Anfälligkeit für Krank-

heiten führen musste. Außerdem galten auch auf dem Land dieselben Restriktionen hinsichtlich der Nahrungszuteilung, die eben nicht spürbar durch die potenziell bessere Versorgungslage ausgeglichen wurden.

Umsetzung der Erlasse: Per Erlass hatte der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, am 27. Juli 1943 die Einrichtung der „Ausländerkinder-Pflegestätten“ angeordnet. Die überraschende Beobachtung ist jedoch, dass das in den Landkreisen Schleswig-Holsteins unterschiedlich, teils zeitlich stark verzögert und teilweise überhaupt nicht geschah. So kann bislang für den Kreis Steinburg keine solche Einrichtung nachgewiesen werden, ebenfalls nicht für die Kreise Husum und Plön.

Neuentdeckungen: Dank der datenbankgestützten Systematisierung der Informationen aus den vorliegenden Sterbeurkunden konnten die Sterbeorte geclustert und dadurch vier bisher weitgehend unbekannte Internierungseinrichtungen für Kinder entdeckt werden.

Außer Gerhard Hoch hatte bislang noch niemand auf die diesbezügliche Einrichtung in Kölln-Reisiek bei Elmshorn hingewiesen, für die wir inzwischen zwölf Sterbefälle dokumentieren können. Hier war 1942 eine Scheune für die Unterbringung von Kriegsgefangenen umgebaut worden, wurde dann aber 1944 als Sam-

Sterbeort	Sterbekreis	Sterbeurkunde Standesamt
Kating, Ausländerlager	Eiderstedt	Kating 5/1944
Kating, Ausländerlager	Eiderstedt	Kating 8/1944
Kating, Ausländerlager	Eiderstedt	Kating 7/1944
Kating, Ausländerlager	Eiderstedt	Kating 10/1944
Kating, Ausländerlager	Eiderstedt	Kating 13/1944
Kating, Ausländerlager	Eiderstedt	Kating 11/1944
Kating, Ausländerlager	Eiderstedt	Kating 3/1944
Kating, Ausländerlager	Eiderstedt	Kating 15/1944
Kating, Ausländerlager	Eiderstedt	Kating 9/1944
Kating, Ausländerlager	Eiderstedt	StAmt Kating 2/1944
Kating, Ausländerlager	Eiderstedt	Kating 16/1944
Kating, Ausländerlager	Eiderstedt	Kating 1/1945
Kating, Ausländerlager	Eiderstedt	Kating 2/1945
Kating, Ausländerlager	Eiderstedt	Kating 7/1945
Kating, Ausländerlager	Eiderstedt	Kating 6/1944
Kating, Ausländerlager	Eiderstedt	Kating 13/1944

Clusterbildung führte zur Entdeckung eines bislang unbekannten Sterbeortes von Kindern

melstätte für Kinder von Zwangsarbeiterinnen aus dem Kreis Pinneberg genutzt.

Bislang unbekannt war eine Einrichtung in Reinfeld, wo in der Lübecker Chaussee 13 bei der „Pflegerin Gebhardt“ Zwangsarbeiterinnen aus dem Kreis Stormarn ihre Kinder zur Welt brachten und auch von ihren Müttern getrennte Kinder starben. Auch hier sind es bisher zwölf nachweisbare Todesfälle, es gab aber auch überlebende Kinder.

Im Kreis Eiderstedt schließlich macht die empirische Auswertung der Datenbank das Ausländerlager Kating als Sterbeort von mindestens 15 Kindern erkennbar, und im Kreis Südtondern kamen mindestens sieben Kinder im Kriegsgefangenenlager Broweg ums Leben.

Die näheren Hintergründe, warum und unter welchen Umständen hier Kinder untergebracht waren und starben, müssen noch aufgeklärt werden.

Ausblick

Seit dieser Zwischenauswertung ist die Datenbank kontinuierlich weiter angewachsen. Durch die neu hinzugekommenen Sterbefälle hat sich das entstandene Bild jedoch nicht erkennbar verändert – die Sterbeursachen, die erreichten Lebensalter, der Anteil außerehelicher Geburten usw. bleiben in den teils oben geschilderten Relationen.

Auch sind keine neuen Einrichtungen im Sinn der „Ausländerkinder-Pflegestätten“ aufgetaucht. Nur die Zahl der verstorbenen Kinder ist weiter gewachsen, da mittlerweile viele Dutzend kirchliche Bestattungsregister überprüft wurden und in jedem davon ein bis zwei bislang unbekannte Kinder verzeichnet sind.

Das Projekt läuft mindestens noch bis 2025; die Ergebnisse sollen in einer umfangreichen Dokumentation publiziert werden.

Kay Dohnke

Zu Uetersens „Straßen des Widerstands“

Stadtrundgang zur NS-Ortsgeschichte in Uetersen am 4. Mai 2024. Ein Beispiel für die Arbeit einer lokalen Geschichtswerkstatt

Am 4. Mai 2024 fand zum wiederholten Male der Stadtrundgang zur NS-Ortsgeschichte in Uetersen statt. Erstmals wurde die Tour – regulär etwa 4,5 Kilometer lang – mit dem Fahrrad durchgeführt. Angemeldet hatten sich ca. zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Treffpunkt war der Buttermarkt in der Uetersener Altstadt. Die Leitung der Tour hatte Erhard Vogt von der Geschichtswerkstatt des örtlichen SPD-Ortsvereins.

Schon der Buttermarkt spielte eine entscheidende Rolle in der NS-Ortsgeschichte. So war er zentraler Aufmarschplatz am 1. Mai 1933, als die Nationalsozialisten den „Tag der nationalen Arbeit“

begingen. Im Jahr darauf wurde der 1. Mai sogar zum Nationalfeiertag des „Dritten Reiches“ erhoben. Der Stadtrundgang inklusive Wegbeschreibung lässt sich auch online auf der Internetseite der Spurensuche Pinneberg finden. Zu jeder einzelnen Station gibt es einen eigenen Beitrag, der auch verlinkt ist.¹ Der Rundgang hatte am 4. Mai ein paar Abweichungen, auf die noch eingegangen wird. Im Folgenden werden die Stationen des Rundgangs kurz vorgestellt. Wer Interesse an ausführlicheren Ausführungen hat, kann entweder auf die verwiesene Literatur zurückgreifen oder einmal selber an dem Stadtrundgang teilnehmen.

Die Stationen des Rundgangs

Ca. 100 Meter ostwärts des Buttermarktes liegt die erste Station, das alte Rathaus der Stadt. Bis 1977 war es Sitz der Uetersener Stadtverwaltung, seither sitzt die-

se im neu gebauten Rathaus in der Wassermühlenstraße. Während der NS-Zeit residierte hier der NSDAP-Bürgermeister Hermann Dölling.² Die letzte freie Kommu-

1. Erhard Vogt, Gegen das Vergessen – Stadtrundgang zur NS-Ortsgeschichte in Uetersen, in: Spurensuche Kreis Pinneberg und Umgebung 1933–1945 [online], Juni 2018, verfügbar unter: www.spurensuche-kreis-pinneberg.de/route/stadtrundgang-zur-ns-ortsgeschichte-in-uetersen/ (letzter Zugriff 13.10.2024).

2. Zu Dölling vgl. Fabian Boehlke, Hermann Dölling. Uetersener Bürgermeister 1933–1945. In: Heimatkundliches Jahrbuch für den Kreis Pinneberg 2019, S. 137–164.



Start zur Radfahrt in die Vergangenheit: Buttermarkt Uetersen, 4. Mai 2024

nalwahl fand am 12. März 1933 statt, anschließend wurde auch auf kommunaler Ebene das Führerprinzip eingeführt. Es ist davon auszugehen, dass ein Großteil der Macht beim Ortsgruppenleiter der NSDAP lag.

Passenderweise ist die nächste Station das damalige Parteihaus der NSDAP. Am alten Rathaus vorbei geht es in die Moltkestraße bis zur Hausnummer 4a. Ab 1934 war das Gebäude Hauptsitz der örtlichen NSDAP-Ortsgrup-

pe. Teilweise wurde es auch von den Ortsgruppenleitern bewohnt. Nach dem Krieg stand das Haus lange leer, die Aufschrift „Parteihaus“ über der Tür war auch nach Jahrzehnten noch vorhanden. Heute ist das Gebäude renoviert.

Nur ein kleines Stück weiter, in der Moltkestraße 22, wohnte nach dem Krieg lange Zeit Dr. Kurt Borm (1909–2001).³ Borm war im Rahmen der Euthanasie an mehreren Tausend Morden beteiligt, so in den „Tötungsanstalten“

3. Zu Kurt Borm vgl. Wagma Hayatie, Von der NS-„Euthanasie“ zum Facharzt in Uetersen: der Mediziner Dr. Kurt Borm. In: Sönke Zankel (Hg.), Uetersen und die Nationalsozialisten. Von Weimar bis in die Bundesrepublik. Neue Forschungsergebnisse von Schülern des Ludwig-Meyn-Gymnasiums. Kiel 2010, S. 97-138.

Pirna-Sonnenstein und Bernburg/Saale. Nach Kriegsende war er im Uetersener Krankenhaus beschäftigt, ehe er 1962 verhaftet und daraufhin vom Krankenhaus entlassen wurde. Schlussendlich wurde Borm jedoch freigesprochen und war anschließend als niedergelassener Arzt erneut in der Stadt tätig.

Von der Moltkestraße geht es in die Parkstraße Nr. 1. Hier befand sich eine der zentralen Unterkünfte von Zwangsarbeitern, welche während des Zweiten Weltkrieges in der Stadt eingesetzt waren. In Uetersen soll es etwa 1.700 Zwangsarbeiter gegeben haben, welche zum Arbeitseinsatz verpflichtet wurden. Der Einsatz erfolgte sowohl in größeren Unternehmen wie auch bei den umliegenden Gemeinden und in Privathaushalten. Eine zweistellige Anzahl der Zwangsarbeiter ist in Uetersen verstorben, Gründe waren etwa die Arbeitsbedingungen, der Mangel an medizinischer Versorgung, schlechte hygienische Bedingungen, aber auch Suizide.

Nur ein kurzes Stück weiter, in der angrenzenden Bleekerstraße, lag mit dem Bleekerstift das städtische Krankenhaus von Uetersen. Das Bleekerstift war im Zweiten

Weltkrieg zentrale Geburtsstätte von Zwangsarbeiterkindern im Kreis Pinneberg. In den Augen der Verantwortlichen sorgten Schwangerschaften nur für Arbeitseinschränkungen bei den betroffenen Zwangsarbeiterinnen. Daher wurden nicht wenige Schwangerschaften vorzeitig beendet oder die Neugeborenen nach der Geburt mangelhaft versorgt.

Mehr als ein Dutzend Kinder kamen auf diese Weise zu Tode. Die Thematik der Zwangsarbeiterinnen und auch Zwangsarbeiterkinder weist aber immer noch große Lücken auf und bedarf einer umfassenden Erforschung.⁴ Für mehrere verstorbene Kinder und auch deren Mütter wurden im Februar 2023 vor der Hausnummer 5 mehrere Stolpersteine verlegt. Das Bleekerstift und die Stolpersteine waren anfangs kein Bestandteil des regulären Rundgangs und sind aufgrund der Neuverlegung der Stolpersteine ergänzend aufgenommen worden.

Direkt hinter dem Ende der Bleekerstraße liegt das Ludwig-Meyn-Gymnasium. Die traditionsreiche Schule kann auf eine lange Geschichte zurückblicken und beging im Jahr 2023 ihr hundertjähriges Jubiläum.⁵ Während der NS-Zeit erfolgte in der Schule

4. Eine Erforschung der Zwangsarbeiterkinder erfolgt auch im Rahmen des Kinderprojektes des AKENS, vgl. S. 271-279.

5. Zum jüngsten Jubiläum vgl. Sönke Zankel/Eva Lotte Lindner/Julina Klett (Hg.), 100 Jahre Ludwig-Meyn-Gymnasium Uetersen. Die wechselvolle Geschichte einer Schule 1912–2023. Kiel 2023.

unter den Direktoren Bernhard Pein und insbesondere Hinrich Apfeld ein Anpassungsprozess.⁶ Die Schülerelbstverwaltung wurde abgeschafft, die ideologische Schulung hingegen eingeführt. AGs wie „Rassenkunde“ und „Geschichte als Rassenschicksal“ prägten den Alltag, die Schule galt als Ausgangspunkt der lokalen Hitlerjugend. Die meisten Lehrer gehörten dem Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) an.

Vom Gelände des LMG geht es die Seminarstraße hinab und anschließend in die Lohe. In der Hausnummer 33 lebte Wilhelmine Nickel, damals Angehörige der Bibelforscherbewegung, seit 1931 Zeugen Jehovas genannt. Die Zeugen Jehovas haben bis heute ein distanziertes Verhältnis zu staatlichen Machthabern und Institutionen. Was in modernen Rechtsstaaten geduldet wird, sofern seine Gesetze nicht übertreten werden, war den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge. Die

Verweigerung des Hitlergrußes, des Wehrdienstes oder der Mitgliedschaft in NS-Organisationen führte zu einer Verfolgung durch das NS-Regime. So wurde auch Wilhelmine Nickel mehrfach festgenommen und zu Haftstrafen verurteilt.⁷

Schräg gegenüber lag die Hausnummer 44. Die ursprüngliche Bebauung ist vor etwa zehn Jahren zugunsten eines Discoun-ter-Marktes abgerissen worden. Hier war der letzte Wohnsitz von Johann Peter „Hans“ Britten.⁸ Britten war Kommunist und Mitglied der KPD. Bei der Kommunalwahl des Jahres 1933 kandidierte er auf Listenplatz 1, das Mandat konnte er aber nicht mehr antreten. Im April 1933 wurde Britten erstmals verhaftet und im Konzentrationslager inhaftiert, kam aber im Mai wieder frei. Auch nach dem Verbot betätigte sich Britten im Untergrund für die KPD, druckte etwa illegale Schriften. Im Dezember 1934 er-

6. Zu beiden Direktoren vgl. Melanie Rixen/Kim-Sophie Schneider, „Erziehung und Bildung in nationalsozialistischem Geist“. Bernhard Pein – der erste NS-Rektor der Ludwig-Meyn-Schule. In: Sönke Zankel (Hg.), Uetersen im Nationalsozialismus. Schüler der Ludwig-Meyn-Schule erforschen die Geschichte ihrer Stadt. Kiel 2009, S. 9-22; Olaf Conrad/Christopher Hahn/Michael Wilke, „Unsere Schüler sind alle in der Hitlerjugend“. Der Rektor der Ludwig-Meyn-Schule Hinrich Apfeld. In: Sönke Zankel (Hg.), Uetersen im Nationalsozialismus, S. 23-42.

7. Vgl. hierzu Linda Büscher, „Wenn ich Nächstenliebe ausüben will, darf ich meinen Mitmenschen nicht schaden.“ Die Zeugen Jehovas in Uetersen zur Zeit des Nationalsozialismus. In: Zankel (Hg.), Uetersen im Nationalsozialismus, S. 43-64.

8. Vgl. Erhard Vogt, Johann Peter Britten (1904–1945) – von den Nazis verfolgt und in der Haft umgekommen. In: Spurensuche Kreis Pinneberg und Umgebung 1933–1945 [online], Februar 2012, verfügbar unter: www.spurensuche-kreis-pinneberg.de/spur/johann-peter-britten/ (letzter Zugriff 17.10.2024).

folgte daher eine weitere Verhaftung mit anschließender Verurteilung zu einer Haftstrafe, die er bis 1940 u.a. in den Zuchthäusern in Rendsburg und Fuhlsbüttel absaß. Im Rahmen der „Aktion Gewitter“ nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 erfolgte eine weitere Festnahme Britzens und eine Inhaftierung im KZ Neuengamme. Britzen kehrte nicht mehr zurück und starb wahrscheinlich beim Untergang der Schiffe Cap Arcona und Thielbek in der Neustädter Bucht am 3. Mai 1945. Der Stolperstein für Hans Britzen war der erste, der 2012 in Uetersen verlegt wurde.

Vom Ende der Lohe aus geht es ein Stück die Reuterstraße herunter, ehe die letzte Station des Rundgangs, die Heisterkampstraße, erreicht wird. In den Häusern der Straße lebten früher vor allem Arbeiter. Mehrere von ihnen waren im Widerstand aktiv und ge-

hörten zu den Angeklagten im Verfahren „Offenborn und andere“, einem Gerichtsprozess des Berliner Kammergerichts im Jahr 1935, bei dem eine dreistellige Zahl an Widerstandskämpfern verurteilt wurde, darunter auch Hans Britzen. Benannt waren die Prozesse, von denen es 24 gab, nach dem Elmshorner Angeklagten Johannes Offenborn. In der Heisterkampstraße lebten insgesamt neun Angeklagte der Prozesse, weshalb der Widerstandskämpfer Fritz Bringmann und der Historiker Herbert Diercks die Straße als eine der „Straßen des Widerstands“ bezeichneten.⁹

Bei der Tour am 4. Mai 2024 wurden ausgelassen die Gaststätte „Zur Erholung“, damals das Parteilokal der NSDAP, sowie der Eichenweg 20, Wohnort von Marie Lorenz, die wegen Abhörens von Feindsendern im Fadenkreuz der NS-Justiz stand.

Die Geschichtswerkstatt und ihre Arbeit

Insgesamt ist der Rundgang zur NS-Ortsgeschichte sehr lohnenswert und vermittelt viele Eindrücke und Informationen zur Uetersener Stadtgeschichte während des Nationalsozialis-

mus. Er ist einer von zwei historischen Rundgängen der Geschichtswerkstatt; der andere hat ausschließlich die in der Stadt verlegten Stolpersteine zum Gegenstand.¹⁰

9. Fritz Bringmann/Herbert Diercks, *Die Freiheit lebt! Antifaschistischer Widerstand und Naziterror in Elmshorn und Umgebung 1933–1945. 702 Jahre Haft für Antifaschisten*. Frankfurt am Main 1983, S. 87.

10. Für den Rundgang siehe *Gegen das Vergessen – Stadtrundgang zu den Stolpersteinen in Uetersen*. In: *Spurensuche Kreis Pinneberg und Umgebung 1933–1945* [online], ohne Datum, www.spurensuche-kreis-pinneberg.de/route/gegen-das-vergessen-stolpersteine-in-uetersen/ (letzter Zugriff 17.10.2024).

Die beiden Rundgänge sind Ergebnisse der Arbeit der Geschichtswerkstatt des SPD-Ortsvereins Uetersen.¹¹ Die Geschichtswerkstatt wurde 2010 von Erhard Vogt zusammen mit einigen Freiwilligen ins Leben gerufen. Bis heute finden regelmäßige Treffen statt, an denen sich ein halbes Dutzend Interessierter beteiligt.

Historische Forschung ist – sofern sie einigermaßen valide sein soll – selbst auf historischer Ebene nicht unkomplex und „bedeutet“, so der Historiker Oliver Auge, „(regional-)historisches Arbeiten von der Pike auf zu lernen, ob man dazu nun in den tiefsten Tiefen von Archiven oder Bibliotheken recherchiert oder Zeitzeugeninterviews mit ihrer eigenen Dynamik und ihren eigentümlichen Resultaten erhebt.“¹²

Daneben sind bestimmte fachliche Kenntnisse notwendig, um etwa zu wissen, wo Quellen vorhanden sind, welche Archive aufgesucht und Behörden angefragt werden müssen. Auch die Zugänglichmachung von Ergebnissen für eine Öffentlichkeit erfordert ein gewisses Knowhow. Geschichtswerkstätten sind eine Möglichkeit, diese Kompetenzen zu bündeln und zu verknüpfen.

Dass die Arbeit einer solchen Initiative dringend notwendig ist,

zeigen schon die Lücken, die es in der Stadtgeschichtsschreibung von Uetersen gibt. Von offizieller Seite bestand jahrzehntelang nur wenig Interesse an der Sicherung und Aufarbeitung der Lokalhistorie. Ein – eigentlich per Verordnung vorgeschriebenes – Stadtarchiv wurde erst im Jahr 2017 eingerichtet. Zu dem Zeitpunkt waren viele Unterlagen, die im Rathauskeller aufbewahrt wurden, bereits unüberbringlich verschwunden.

Vorher war es also nur der Initiative von Freiwilligen zu verdanken, dass wichtige Teile der Stadtgeschichte nicht in Vergessenheit geraten sind. Und auch danach braucht es die freiwillige Forschung, um die – inzwischen zugänglichen – Quellen im Archiv auszuwerten und aufzubereiten. Die Arbeit der Geschichtswerkstatt ist also nach wie vor wichtig und notwendig, um bislang weiße Flecken der Lokalgeschichte zu erforschen und diese – z. B. in Form der historischen Stadtrundgänge oder als Beiträge auf der Website der kreisweiten Initiative „Spurensuche“ – ans Tageslicht zu bringen.

Wer sich für einen der unregelmäßig angebotenen historischen Rundgänge in Uetersen interessiert, kann sich bei Erhard Vogt, erhard-vogt@spd-uetersen.de melden. *Fabian Boehlke*

11. Trotz des Namens arbeitet die Geschichtswerkstatt parteiunabhängig.

12. Oliver Auge, Fokus Ortsgeschichte. Aufgabe und Herausforderung moderner Regionalgeschichtsforschung. In: ZSHG 142 (2017), S. 283-304, hier S. 292.

Nachruf auf Rosalye Yashek

Eine traurige Nachricht schickte uns Kimberley Lockhard-Yashek aus den USA: Ihre Mutter Rosalye Yashek ist am 15. Juni 2024 im Alter von 95 Jahren verstorben. Mit großer Dankbarkeit für ihre Freundschaft erinnern wir uns an die Begegnungen mit Rosalye.

Erstmals 1997 war sie mit ihrem Mann Richard J. Yashek der Einladung seiner einstigen Heimatstädte Lübeck und Bad Schwartau gefolgt. Ihr war es zu verdanken, dass er diese Reise überhaupt wagte und bereit war zu Begegnungen auch mit den früheren Spielgefährten, die sich von ihm und seinem jüngeren Bruder Jochen abgewandt hatten, als die NS-Politik jüdische Kinder immer stärker ausgrenzte.

Familie Jaschek hatte zunächst in Lübeck und später in Bad Schwartau ihr Zuhause. 1941 wurden Eugen und Lucy Jaschek mit ihren Söhnen Jürgen und Jochen deportiert ins besetzte Lettland. Nur Jürgen überlebte die Qualen in verschiedenen Konzentrationslagern und kam 1945 als 16-Jähriger zunächst zurück nach Lübeck, wanderte dann aber in die USA aus.

1953 begegnete er seiner späteren Frau. Rosalye Duke Levine war am 26. September 1928 in New York geboren. In seinen

Erinnerungen beschrieb Richard Yashek sein Erstaunen, dass sich diese Frau mit einem Hochschulabschluss, die als Bibliothekarin an der Montoursville Highschool tätig war, überhaupt für jemanden wie ihn interessieren könnte.¹ Schließlich war seine formale Schulbildung nach sechs Jahren auf den jüdischen Volksschulen in Lübeck und Hamburg zwangsweise abgebrochen. Schlimmste Erfahrungen von Gewalt und Grausamkeit waren gefolgt. Nach dem Krieg hatte er eine handwerkliche Ausbildung absolviert und in den USA über verschiedene Bildungsangebote seinen beruflichen Weg gefunden.

Anfang 1954 nahm Rosalye seinen Heiratsantrag an, und am 14. November 1954 fand ihre Hochzeit in der Keshar Zion Synagoge in Reading / Pennsylvania statt. Nach der Geburt der Töchter Linda und Kimberly war es Rosalye, die sich um die Kinder kümmerte, während Richard den Unterhalt der Familie verdiente. Später aber nahm sie ihre Arbeit als Bibliothekarin in der Highschool wieder auf.

Auf Drängen seiner Frau begann Richard nach langen Jahren weitestgehender Verdrängung aller traumatischen Erfahrungen in

1. Richard J. Yashek, Jürgen Jaschek. Die Geschichte meines Lebens. Hg. vom Schulverein der Geschwister-Prenski-Schule. Übersetzt von Martin Harnisch und Heidemarie Kugler-Weimann. Lübeck 1996.



In der Bibliothek der Geschwister-Prenski-Schule im Mai 2010: Sinem Löbe, Kimberly Yashek, Rosalye Yashek, Sabine Seidensticker, Mechthild Schweitzer (v.l.)

seiner Kindheit und Jugend, sich damit auseinanderzusetzen. 1991 besuchten sie zum ersten Mal die jährliche Zusammenkunft der Überlebenden des Rigaer Ghettos.

Dieser Kontakt machte es wiederum möglich, dass die Lehrerinnen der neu gegründeten Geschwister-Prenski-Schule Richard Yashek in den USA ausfindig machen konnten und er mit seiner Frau 1997 zum Besuch in Bad Schwartau und Lübeck kam.

Es folgten weitere Besuche. Im Mai 2000 hielt Richard J. Yashek an der Geschwister-Prenski-Schule die Abiturrede und wurde mit seiner Frau Rosalye und der Tochter Kimberly von der Stadt Bad Schwartau feierlich geehrt.

Im November 2004 gab es an den von Gunter Demnig verlegten Stolpersteinen² für die Familie Jashek in der Auguststraße ein bewegendes Gedenken. Unvergessen für alle Anwesenden bleibt der Anblick der kleinen zierlichen Frau, die ihrem Mann in seiner Trauer Halt zu geben versucht, als er sagt: „Hier ist der Ort, an dem ich um meine Eltern und meinen Bruder trauern kann.“

Unvergessen für alle Beteiligten bleibt auch die Rede Richard J. Yasheks am Abend des 9. November in der Lübecker Synagoge. Nach Richards Tod 2005 blieb der Kontakt zu seiner Familie bestehen, und im Mai 2010 kam Rosalye Yashek mit ihrer Tochter Kim

2. Vgl. Heidemarie Kugler-Weimann, Stolpersteine in Bad Schwartau. Ein Ort der Erinnerung für die Familie Jashek. In: ISHZ 44 (2004), S. 132-138.

ein weiteres Mal nach Lübeck und Bad Schwartau, „mit dem Gefühl, nach Hause zu kommen“.

Von hier aus reisten die beiden zusammen mit Heidemarie Kugler-Weimann und Martin Harnisch weiter nach Riga, um dort die Orte aufzusuchen, die Stationen des Leidensweges der deportierten jüdischen Familien gewesen waren. Gleichzeitig aber war dieser Besuch für Rosalye eine Suche nach Spuren ihrer eigenen, aus Riga stammenden Großeltern.

Bei den Besuchen in Lübeck fand die Bibliothek der Geschwister-Prenski-Schule immer Rosalys besonderes Interesse, und so war es auch ihr Anliegen, die Erinnerungsarbeit dieser Schule zu fördern, die sich 1994 nach in Riga ermordeten jüdischen Kindern aus Lübeck benannt hat.

Dank einer großzügigen Geldspende von Rosalye Yashek und ihrer Familie zum 25-jährigen Namensjubiläum der Schule können

besondere Projekte, die sich mit der Shoah auseinandersetzen, mit dem YASHEK-Preis ausgezeichnet werden. Im Dezember 2022 machte sich Kim Yashek ein Bild von mehreren eindrucksvollen Kunst-, Literatur- und Theaterprojekten.

Daher werden wir im Sinne von Rosalye Yashek den Fonds des YASHEK-Preises mit Spenden aufstocken,³ damit der Name dieser einstigen Lübecker und Bad Schwartauer Familie weiter im Bewusstsein bleibt. Wir freuen uns, wenn sich auch andere Menschen anschließen und mit einer Spende die Erinnerungsarbeit der Geschwister-Prenski-Schule unterstützen.

Im Namen des Freundeskreises der Familie Yashek: Anne und Konrad Rahe, Klaus und Marie-Luise Nentwig, Joachim Nolte und Marion Barsuhn, Sinem Löbe, Heidemarie Kugler-Weimann

Die Ausländer-Kartei im Stadtarchiv Uetersen

Ein Hilfsmittel für die Erforschung der Zwangsarbeiter-Geschichte?

In einem Schrank im Uetersener Stadtarchiv stehen insgesamt zehn Schubert. Sie enthalten die Ausländer-Kartei der Stadt Uetersen. Es dürften mehrere tausend Kartei-

karten sein. Gegeben hat es solche Ausländer-Karteien in fast allen Städten Deutschlands. Zumindest in der regionalen Umgebung sticht die Uetersener Kartei

3. Spendenkonto: Schulverein der Geschwister-Prenski-Schule, Sparkasse zu Lübeck, IBAN: DE 41 230 501 01 000 99 10 647, Vermerk: Trauer um Rosalye Yashek / Spende für den YASHEK-Preis



Zehn Schubser, tausende Karteikarten: die Ausländerkartei im Uetersener Stadtarchiv

aber dadurch hervor, dass sie im kompletten Zustand erhalten ist. Geführt wurden diese Karteien üblicherweise durch die zuständi-

gen Meldeämter der Kommunen. Nicht selten waren sie verknüpft mit unfreiwilliger Zwangs- oder Landarbeit während der NS-Zeit.¹

Die Kartei und ihr Kontext

Der genaue Kontext der Uetersener Ausländer-Kartei ist nicht erfasst, zumal die Kartei bislang nicht archivalisch katalogisiert ist. Lange Zeit war sie mit vielen anderen Dokumenten im Rathaus eingelagert, ehe im Jahr 2017 das Stadtarchiv eingerichtet wurde.

Mutmaßlich wurde die Kartei auch durch die entsprechende Meldebehörde oder das Standesamt geführt, genau lässt sich das bisher nicht nachvollziehen. Die Arbeitserlaubnis der betreffenden Personen wurde jeweils vom Landrat ausgestellt, wie vereinzelt

1. Vgl. etwa das Beispiel der Gemeinde Brilon: Die Landarbeiter- und Ausländerkarteien. In: Stadtarchiv Brilon, www.stadtarchiv-brilon.de/archivale-des-monats-2?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bnews%5D=150&cHash=a288060823ad55fd8cc7a0d8883252f2 (9.11.2024).

dass es sich weit überwiegend um Zwangsarbeiter gehandelt hat. Es ist bekannt, dass es in Uetersen eine größere Zahl an Zwangsarbeitern gegeben hat. So kann man laut Forschungsstand von 1988 bzw 2001 in der Stadt mindestens

elf Zwangsarbeiterlager nachweisen.³ Aber bei Staaten, welche nie durch das Deutsche Reich besetzt waren, oder solchen Ausländern, die vor dem Krieg in Deutschland waren, fällt dieser Hintergrund mit ziemlicher Sicherheit weg.

Aufbau und Inhalt der Kartei

Wie erwähnt, besteht die Kartei aus insgesamt zehn Schubern. Sie ist zunächst nach Ländern sortiert, wobei sich teilweise mehrere Staaten einen Schubler teilen, stark vertretene Nationen wie etwa Polen und insbesondere die Sowjetunion verteilen sich auf mehrere. Innerhalb der Länder sind die Karten alphabetisch nach den Nachnamen der Ausländer sortiert.

Jede Karte besteht aus zwei Seiten. Teilweise ist das Layout leicht unterschiedlich, wobei die verzeichneten Daten trotzdem übereinstimmen. Auf der Vorderseite sind zunächst die personenbezogenen Angaben notiert, etwa Name, Geburtstag und -ort, Berufsstand und die Angabe, seit wann die Person in Deutschland ist. Insbesondere die letzte Angabe fehlt nicht selten.

In einer weiteren Spalte sind die letzten Wohnsitze der betreffenden Person notiert. Dann gibt

es noch ein Feld, in welchem Angaben zu Familienangehörigen gemacht werden können. Dies ist insoweit interessant, da es hier offenbar einen Unterschied zwischen Personen gibt, die freiwillig in Deutschland waren und solchen, die zur Arbeit zwangsverpflichtet worden sind.

Nach erster Durchsicht scheint es zumindest so, dass dieses Feld nur etwa bei Franzosen oder Amerikanern tatsächlich für das Dokumentieren von Familienangehörigen genutzt worden ist. Bei Polen und Sowjets wurde das Feld nahezu immer fremdgenutzt, üblicherweise für Angaben zu Arbeitgebern, Arbeitskarten und die Heimatadresse.

Die zweite Seite der Karte ist für Angaben über die Arbeitserlaubnis gedacht gewesen, jedoch wurden entsprechende Daten offenbar nur selten hier festgehalten. Bei den meisten Karten ist auf der Rückseite nichts eingetragen worden.

3. Gerhard Hoch / Rolf Schwarz, Verschleppt zur Sklavenarbeit. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein. Alveslohe / Rendsburg 2. Aufl. 1988. S. 180. Siehe auch Nils Köhler / Sebastian Lehmann, Lager, Ausländerunterkünfte und Kriegsgefangenenkommandos in Schleswig-Holstein 1939–1945. In: Uwe Danker (u.a. Hg.), Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939–1945. Bielefeld 2001, S. 103–174, hier S. 151.

Der Nutzen der Kartei für die Erforschung der Zwangsarbeiter-Geschichte

Es stellt sich die Frage, inwieweit die Kartei für die Erforschung der Geschichte von Zwangsarbeitern hilfreich sein kann, ein Beispiel wäre etwa das Kinderprojekt des AKENS.⁴ Da – wie beschrieben – insbesondere bei Polen und Sowjets davon auszugehen ist, dass es sich hierbei überwiegend um Zwangsarbeiter gehandelt hat, bietet die Kartei natürlich eine gute Möglichkeit zur Recherche nach einzelnen Namen, den Arbeitgebern, wo diese eingesetzt waren, sowie möglicherweise nach einigen Wohnorten. Es besteht die Idee, die Kartei digitalisieren zu lassen. Das würde es vereinfachen, beispielsweise eine statistische Auswertung vorzunehmen.

Allerdings beinhalten die Karten in den meisten Fällen nicht allzu viele Informationen zu den betreffenden Personen, so dass eine größere, biografisch ausgerichtete Forschung nur schwer möglich ist. Auch scheint sich die Kartei auf Erwachsene zu beschränken. Bei der stichprobenartigen Durchsicht wurden bei Polen und Sowjets auf keiner Karte Vermerke zu Kindern gefunden. Zwar gibt es zwei Beispiele für Karten, die für neuge-

borene Kinder ausgestellt wurden, dabei handelte es sich aber um die Beziehung einer Polin mit einem Deutschen, weshalb den Kindern schlussendlich auch die deutsche Staatsbürgerschaft zuteilgeworden ist. Außerdem waren beides Nachkriegsgeburten.

Für Kinder von Zwangsarbeiterinnen, die unter den sozialen Umständen des Zweiten Weltkriegs geboren wurden, scheint es keine Eintragungen gegeben zu haben. Bei der beispielhaften Überprüfung von Leo Lokot, Christel Matuszak und Zbigniew Blazejewski – drei Kinder, die während des Zweiten Weltkrieges im Uetersener Bleekerstift, der zentralen Geburtsstätte im Kreis Pinneberg, zur Welt gekommen sind – wurden für alle drei keine Eintragungen in der Kartei gefunden. Alle drei sind kurz nach der Geburt bereits verstorben.⁵ Ein Einsatz der Kartei für die Recherche nach Kindern von Zwangsarbeiterinnen, wie etwa beim Kinderprojekt, ist somit eher fraglich und nur indirekt möglich, um etwa Informationen über die Mütter zu erhalten.

In jedem Fall könnte die Kartei eine hilfreiche Quelle sein, um

4. Vgl. den Zwischenbericht, S. 271-279.

5. Für die Biografien der Kinder und ihrer Mütter vgl. Erhard Vogt, Bleekerstift – ehem. Krankenhaus der Stadt Uetersen – Zwangsarbeiterinnen mussten hier entbinden, In: Spurensuche Kreis Pinneberg und Umgebung 1933–1945, März 2023, www.spurensuche-kreis-pinneberg.de/spur/bleekerstift-ehem-krankenhaus-der-stadt-uetersen-zwangsarbeiterinnen-mussten-hier-entbinden/

etwa statistische oder sozialgeschichtliche Fragestellungen zu beantworten sowie erste Daten zu Zwangsarbeitern zu liefern, welche eine weitere personenbezogene Recherche ermöglichen.

Somit lädt die Ausländer-Kartei zur weiteren Beschäftigung und wissenschaftlichen Bearbeitung ein. Eine Digitalisierung wäre daher sehr wünschenswert.

Fabian Boehlke

Street Art für den Gedenkort

Ein Wandbild am Industriemuseum Lübeck-Herrenwyk erinnert an Zwangsarbeitende

1995, vor nunmehr 30 Jahren, beschloss die Lübecker Bürgerschaft, den Einsatz ausländischer Zwangsarbeitender in der Lübecker Rüstungswirtschaft untersuchen zu lassen und dauerhaft einen Ort des Gedenkens zu schaffen.¹ Die Ergebnisse der Untersuchung mündeten in einer Ausstellung im Industriemuseum Herrenwyk sowie einer dazugehörigen Dokumentation.²

Ein Konzept für eine Erinnerungslandschaft in der Hansestadt, in dem das Gedenken an die damaligen Zwangsarbeitenden dargestellt wird, lässt allerdings noch immer auf sich warten. Bis heute gibt es lediglich einen kleinen Gedenkraum im Industriemuseum, in dem die damalige Sonderausstellung in komprimierter Form zugänglich ist.

Der Verein für Lübecker Industrie- und Arbeiterkultur trat seinerzeit der Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holsteinischer Gedenkstätten bei; doch erst in diesem Jahr kam ein wenig Bewegung in die Sache in Herrenwyk. Das lag zum einen an der jetzigen Leiterin des Museums, Dr. Bettina Braunmüller, und zum anderen an Dr. Christiane Bürger, der neuen Koordinatorin für Erinnerungskultur im Kulturbüro der Hansestadt Lübeck.

Über das von der Possehl-Stiftung geförderte Projekt „Kulturfunken“ bewarb sich die Künstlerin Greta von Richthofen³ mit einer Street-Art-Aktion, mit der sie zunächst ein in der NS-Zeit verfolgtes homosexuelles Paar im öffentlichen Raum sichtbar machen wollte. Bei der Entwicklung des Projekts erar-

1. Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte 31 (1997), S. 72-74.

2. Kulturforum Burgkloster / Geschichtswerkstatt Herrenwyk (Hg.), Ich erinnere mich nur an Tränen und Trauer ... Zwangsarbeit in Lübeck 1939 bis 1945. Dokumentation zur Ausstellung in der Geschichtswerkstatt Herrenwyk vom 4. Mai 1997 bis zum 1. Februar 1998. Essen 1999.

3. Näheres zur Künstlerin unter <https://gretavonrichthofen.cargo.site/Info>



Foto: Nicolas Weifers

Moderne trifft Geschichte: Greta von Richtofens Wandbild zur Zwangsarbeit in Lübeck-Herrenwyk

beitete die Künstlerin zusammen mit Christiane Bürger und Bettina Braunmüller die Idee, die Gruppe der ausländischen Zwangsarbeitenden in Lübeck in Erinnerung zu rufen. Als der dafür geeignete Ort wurde das Museum identifiziert, ein authentischer Ort, an dem seinerzeit im Hochofenwerk Lübeck Hunderte ausländischer Zwangsarbeitender zum Einsatz kamen und wo seit 1995 eben an ihr Schicksal erinnert wird.

Museumsdirektorin Bettina Braunmüller erklärte dazu: „Im Zuge der Neukonzeption der Dauerausstellung des Industriemuseums Herrenwyk kam die Frage auf, wie man dem Thema

der Zwangsarbeiter in Lübecks Industrie künftig eindrücklicher gerecht werden könnte als mit dem bisherigen sehr textlastigen Ausstellungsraum dazu. Wir konnten immer wieder feststellen, dass gerade dieses Thema unsere Besucher sehr bedrückt und schockiert hat. Da es in Lübeck bisher keinen Gedenkort oder gar ein Mahnmal für Zwangsarbeiter gibt, freuen wir uns sehr, dass wir die namhafte Künstlerin Greta von Richthofen für unsere Projekt gewinnen konnten.“⁴

Die Street-Art- und Graphic-Novel-Künstlerin Greta von Richthofen kam zur Umsetzung im Sommer für eine Woche ins

Museum. Seit dem 23. Juli 2024 ist das neu geschaffene Wandbild zum Gedenken an die Lübecker Zwangsarbeitenden im Innenhof des Museums zu sehen.⁵ Großflächig, farbig, im Graphic-Novel-Stil blicken heute die Gesichter, die die Künstlerin nach Fotos ehemaliger Zwangsarbeiterinnen gemalt hat, auf die Besucher:innen. Zum Abschluss der Aktion fand ein Workshop mit dem Titel „Zeichnen und Erinnern“ mit der Künstlerin statt, der viel Zuspruch fand.

Ob das Wandbild zukünftig die angedachten Erwartungen erfüllen wird, muss sich zeigen. Auf alle Fälle hat es zunächst einmal wieder den Fokus auf ein bis heute nicht eingelöstes Versprechen geworfen, ein angemessenes Denkmal für die zahlreichen Zwangsarbeitenden in Lübeck zu schaffen. Und mit der Einbeziehung der Koordinationsstelle für Lübecker Erinnerungskultur besteht Hoffnung, dass die Erinnerung an sie zukünftig stärker wahrnehmbar sein wird.

Eine weitere Idee in diesem Zusammenhang besteht darin, zusammen mit der Initiative Stolpersteine für Lübeck vor Ort eine Stolperschwelle für diese Opfergruppe zu verlegen. Es wäre nach einer solchen für Zwangsarbeitende der Drägerwerke und einer für die Kriegsgefangenen des Offizierslagers XC in Vorwerk die



Foto: Christian Rathmer

dritte Stolperschwelle in Lübeck.⁶

*Christian Rathmer, Gedenkstätte
Lutherkirche Lübeck*

4. Pressemeldung Lübecker Museen vom 18.7.2024.

5. Wandbild im Comicstil. In: *Lübecker Nachrichten* 23.7.2024.

6. www.stolpersteine-luebeck.de/start



Foto: Arndt Penzel

Den Weg der Häftlinge, den Weg der Qual gehen Erinnerungsmärsche für die Opfer des KZ Husum- Schwesing

13 Wochen lang wurden die Häftlinge des KZ Husum-Schwesing als Arbeitssklaven beim Bau des NS-„Friesenwalls“ auf brutalste Weise eingesetzt. Das Lager zählte zu den 87 Außenkommandos des Konzentrationslagers Neuengamme und bestand vom 26. September bis zum 29. Dezember 1944.

13 Wochen lang mussten die Häftlinge schwerste Zwangsarbeit im Freien verrichten, ohne angemessene Kleidung, unterernährt und medizinisch unversorgt. Sie wurden gequält, verprügelt und

während der Arbeit einfach nach Lust und Laune der Wächter ermordet. Den kilometerlangen Weg vom Lager zum Einsatzort bewältigten die Häftlinge überwiegend zu Fuß.

Der französische Priester Pierre Jorand (1907–1978) war hier inhaftiert und berichtete darüber: *„Nirgend hat sich eine ähnliche Abscheulichkeit zugetragen. Ich glaube in dieser Beziehung verdient Husum den ersten Platz in der Schande.“* Schreckliche Bilder ... unerbittlicher Anblick für den Geist ... Szenen beispielloser Bru-



An Stationen entlang der Marschroute gab es historische Erläuterungen (r.: Guide Günter Carstens)

talität ... Grausamkeit ... Hunger, Kälte, Arbeit, Schläge, Meuchelmord. „Ob Dachau oder Neuengamme: Ich hatte es nie mit solchen Monstern zu tun!“¹

Im KZ Husum-Schwesing wurden 2.500 Menschen inhaftiert, mehr als 300 Häftlinge verloren in den 13 Wochen ihr Leben. An Entkräftung verreckt, erschlagen, erwürgt, erschossen, ertränkt. Ihr grausamer Tod war sinnlos: Der am Ende bzw. schon von Beginn an völlig lächerliche Verteidigungsgraben sollte eine zweite Invasion der Alliierten an der Nordseeküste verhindern.

Pierre Jorand: „Man hat anderswo über die höllischen Lebensbedingungen in den KZs geschrieben. In Husum waren sie noch schlimmer ... Die Umstände wurden noch unmenschlicher durch die Grausamkeit der Kapos, deutsche Kriminelle, die zu lebenslanger Haft verurteilt worden waren.

Ein Beispiel: Ein bereits misshandelter Häftling will aufgeben, will sich ertränken. Er wird mehrfach daran gehindert. Der Wächter tritt ihn mit Füßen, schlägt mit einem Knüttel, schlägt ihm in die Seiten, ins Gesicht, auf den ganzen Körper, Er prügelt mit un-

1. Pierre Jorand, Husum. Hier wird Leben ausgerottet. Das Martyrium der Gefangenen des KZ-Außenlagers Schwesing. Bredstedt 1996.

glaublicher Grausamkeit. Das Blut fließt...das Opfer bewegt sich nicht. Entsetzt und voller hilfloser Wut sehen wir dieser furchtbaren Szene zu. Die Schläge werden mehr. Ein SS-Mann schaut lachend zu. Erschöpft hört die Bestie mit den Schlägen auf. Die letzten Schläge waren überflüssig ... das Opfer war längst tot.“

Erinnerungskultur: Vom 28. September bis zum 28. Dezember 2024 gingen junge und alte Bürger jeden Sonnabend um 10.30 Uhr einen sorgsam ausgearbeiteten langen Gedenkweg von Schwesing nach Husum. Hunderte, die sich freiwillig den Strapazen aussetzten, aus Solidarität mit den Opfern und als Zeichen für Mitmenschlichkeit. Die Resonanz auf diese Idee des Freundeskreises KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing war überwältigend.

Am Treffpunkt KZ-Gedenkstätte Schwesing fanden sich immer wieder ganz unterschiedliche Bürger aus ganz Schleswig-Holstein ein. Viele Gruppen waren dabei. Bundesfreiwillige des THW aus Eckernförde, Mitglieder des Bundes für Naturschutz oder aber Schüler aus umliegenden Orten. „Es ist toll, wie sich immer wieder Schüler einschalten“, sagt Rolf von Hof, Mitglied des Freundeskreises der KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing und Guide der Gedenkstätte. „Mal sangen die Schüler in Chorprojekten. Mal riefen sie während der Hal-

tepunkte Begriffe wie Menschenwürde oder aber Gerechtigkeit.“ Es sei beeindruckend gewesen, wie dann die anderen Teilnehmer das Rufen übernahmen, weitere Begriffe gerufen hätten.

Pierre Jorands Worte klingen in den Ohren:

Wie ging der Tag im Lager los? Um vier Uhr hieß es Aufstehen. Bald gab es die erste schreckliche Ereignis. „Die Kapos schreien, brüllen, schlagen ohne Grund. Das Zählen klappt nie. Die SS-Männer mischen sich ein mit unmäßigen Knüppelschlägen. Es zieht sich in die Länge. Jeden Tag brechen mehrere während dieses mörderischen Wartens zusammen. Sind sie tot? Leben sie noch?“

Einführung: Zu Beginn des langen Marsches gab es zunächst eine kurze Einführung in die historischen Gegebenheiten von Guide Günter Carstens. „Es geht um die Würdigung der Opfer!“, sagt er. „Wir gehen nun die sieben Kilometer von Station zu Station.“ Dort gab es von anderen Guides eindringliche Berichte und Informationen. Er ist sich sicher, dass das Projekt viel öffentliche Aufmerksamkeit für die unmenschliche Lebens- und Arbeitssituation der damaligen Häftlinge geschaffen hat. Aber: Wer hat es eigentlich damals mitbekommen? Husumer Bürger haben es mit eigenen Augen gesehen. Die Präsenz der Häftlinge in der Husumer Innenstadt ist ein bitterer Fakt. Die Hu-



sumer Bürger schauen zu oder weg. Nur ganz Wenige steckten den Leidenden etwas Essbares zu.

Die Erinnerungskultur der Ehrenamtler von der Gedenkstätte ist eingebettet in den Einsatz für Menschenwürde, Freiheit und Demokratie. „Nie wieder!“, lautet das Motto.

„Das Leiden und Sterben der Häftlinge im KZ Husum-Schwesing und im KZ Ladelund darf und wird nicht vergessen werden“, sagt Günter Carstens abschließend. Das sah auch Ministerpräsident Daniel Günther so, der – wie der Schirmherr der Aktion, Landrat Florian Lorenzen – beim ersten Erinnerungsmarsch dabei war.

Zeichen setzen: „Mit dem Projekt setzen wir gemeinsam mit

vielen gesellschaftlichen Gruppen ein sichtbares Zeichen, das einer Verharmlosung der Nazi-Taten und neuen rechtsradikalen Tendenzen entgegensteht“, sagt Rolf von Hof. „Je besser es uns gelingt, möglichst viele Menschen hierfür zu mobilisieren, umso überzeugender kann unser Projekt sein.“ Dieser Ansatz ist überzeugend gelungen. *Arndt Prenzel*

Fußnote: Der Schwesinger Lagerleiter, Hans Griem, entzog sich einer Verhaftung und starb unbehelligt bei Hamburg.

Info: Das Projekt „13 Wochen“ führte der Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing in Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing durch.